

Positionspapier

Städte als Hebel

Für die sozial-ökologische
Transformation



misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Glossar	3
Globale Urbanisierung: Ausgangslage und Trends	5
Urbane Herausforderungen	9
Städtische Armut und soziale Ungleichheit	10
Klima- und Umweltkrise	14
Governance-Herausforderungen	18
Auf dem Weg in Richtung urbane Transformation	19
Vier Leitlinien für den städtischen Wandel	20
1. Systemorientiert	20
2. Armuts- und teilhabezentriert.	20
3. Rechtebasiert.	21
4. Ressourcenerhaltend und klimagerecht	22
Praktische Ansätze für die urbane Transformation	23
Schlussfolgerungen und Empfehlungen	32
Bibliografie	35



Glossar

Die **Habitat Konferenzen** der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung (Habitat I, Habitat II und Habitat III) haben seit 1976 im zwanzigjährigen Turnus stattgefunden. Die erste 1976 in Vancouver, Canada, die zweite 1996 in Istanbul, Türkei, und die dritte 2016 in Quito, Ecuador. Ihre Abschlussdokumente spiegeln den Stand der Debatte in der internationalen Stadtentwicklung wider und sind wesentlich durch zivilgesellschaftliche Forderungen beeinflusst worden. Die Vancouver Agenda verankert unter anderem eine selbsthilfeorientierte Wohnungspolitik mittels unterstützten Eigenbaus. Die Habitat-Agenda von Istanbul enthält die Forderung an Regierungen, das Menschenrecht auf Wohnen schrittweise zu ermöglichen. Das Anschlussdokument der Konferenz in Quito ist die Neue Urbane Agenda (NUA).

Für das Konzept der **Klimagerechtigkeit** gibt es keine einheitliche, offizielle Definition. Es basiert auf der Anerkennung, dass jene Regionen und Bevölkerungsgruppen, die historisch am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, meist gleichzeitig besonders stark von ihren Folgen betroffen sind. Diese ungleiche Verteilung zwischen jenen, die einen Beitrag zur Klimaerhitzung geleistet haben und jenen, die unter den Auswirkungen leiden, besteht sowohl zwischen Regionen und Ländern als auch innerhalb von Gesellschaften. Zentraler Bestandteil der Klimagerechtigkeit ist die Forderung, dass diejenigen die Kosten der Umweltbelastung zu tragen haben, die sie herbeigeführt haben, was auch Verursacherprinzip genannt wird (englisch: „polluter pays principle“, siehe auch Prinzip der geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortung). Besonders zivilgesellschaftliche Organisationen des Globalen Südens setzen sich für Klimagerechtigkeit ein. Sie betonen, dass die ungerechte Verteilung der Klimabelastungen eine Folge ungleicher Machtverhältnisse und Strukturen ist. Die Bereitstellung von Klimafinanzierung für den Globalen Süden ist ein Kernelement von Klimagerechtigkeit.

Die **Least Developed Countries** (deutsch: „am wenigsten entwickelte Länder“, kurz LDCs) sind eine von den Vereinten Nationen nach sozio-ökonomischen Kriterien

definierte Gruppe besonders armer Länder des Globalen Südens, die von der Erreichung der SDGs weit entfernt sind. Zu den LDCs gehören 33 afrikanische, acht asiatische und drei pazifische Länder sowie ein karibisches Land (Stand: 2023).

Das **Leave No One Behind-Prinzip** (deutsch: Prinzip des „Niemanden zurücklassens“) ist der Leitsatz der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Er besagt, dass durch die Umsetzung zuallererst die Situation besonders benachteiligter Menschen in den Fokus genommen und verbessert werden soll.

Die **Ziele für Nachhaltige Entwicklung** (englisch: „Sustainable Development Goals“, kurz SDGs), auch UN-Nachhaltigkeitsziele genannt, sind 17 weltweit geltende ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen der Vereinten Nationen, auf die sich die Weltgemeinschaft in ihrer im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 geeinigt hat.

Die **Nationally Determined Contributions** (deutsch: „national festgelegte Beiträge“, kurz NDCs) sind selbstverpflichtende, allerdings völkerrechtlich nicht bindende, nationale Umsetzungsstrategien in den Bereichen Klimaschutz, -anpassung und -finanzierung. Sie sind die Quintessenz des Übereinkommens von Paris.

Die **Neue Urbane Agenda** (kurz: NUA) gibt als Abschlussdokument der dritten Konferenz der Vereinten Nationen für nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung (Habitat III 2016 in Quito, Ecuador) einen globalen Fahrplan für Stadtentwicklung vor. Durch die in ihr festgelegte gemeinsame Vision und vereinbarten Selbstverpflichtungen zugunsten einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird sie auch als ein zentrales Instrument zum Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele gesehen. Dabei verfolgt die NUA einen sektor- und raumübergreifenden Ansatz und nimmt explizit Bezug zum „Recht auf Stadt“. Die NUA beinhaltet keine Implementierungs- und Monitoringvorgaben.

Die **planetaren Grenzen** sind die neun ökologischen Belastungsgrenzen der Erde, zu denen unter ande-

rem die Folgen der Klimakrise, der Biodiversitätsverlust, Landnutzungsänderungen (z.B. von Wäldern zu (land-)wirtschaftlich genutzter Fläche oder die Umwandlung von Agrarland in Siedlungsfläche) und die Versauerung der Ozeane gehören. Die Überschreitung dieser Grenzen kann zu irreversiblen Kippunkten wie dem Abschmelzen der Gletscher, der Zerstörung der Regenwälder, veränderter Monsunsysteme oder der Veränderung des Golfstroms führen und gefährdet die Stabilität des Ökosystems der Erde und damit die Existenz der Menschheit.

Das völkerrechtliche **Prinzip der geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortung** ist die Grundlage internationaler Klimaverhandlungen. Mit dem Konzept wird angestrebt, die Lasten der Klimakrise und des Klimaschutzes gerecht zu verteilen. Alle Staaten tra-

gen Verantwortung für die Begrenzung der Klimakrise – insbesondere aber deren Hauptverursachende. Diese müssen beim Klimaschutz vorangehen und die Hauptbetroffenen bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise und bei der Bewältigung der nicht mehr vermeidbaren Schäden und Verluste unterstützen. Im Anschluss an die Veröffentlichung der Berichte des Weltklimarates im Jahr 2022, die die Dringlichkeit des Klimaschutzes hervorheben, wird die Rolle des Globalen Südens aktuell kontrovers diskutiert, insbesondere mit Blick auf ihre Möglichkeiten einer post-fossilen Entwicklung.

Mit dem **Übereinkommen von Paris** aus dem Jahr 2015 verpflichten sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen dazu, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst allerdings auf unter 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Im Kontext der Klimakrise beschreibt die **Vulnerabilität** die **Anfälligkeit** menschlicher (z. B. Städte und Siedlungen) oder natürlicher Systeme (z. B. Wälder, Weltmeere), durch Klimaauswirkungen Schaden zu nehmen. Entscheidend für den Grad der Vulnerabilität von Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen ist die Fähigkeit zur Bewältigung der Klimawandelfolgen, die von sozio-ökonomischen Faktoren wie Einkommen, Geschlecht, Bildung, ethnischer Zugehörigkeit und weiteren beeinflusst wird.

Der Begriff **Informalität** bezieht sich auf begrenzte bzw. nicht vorhandene staatliche Einflussnahme oder Kontrolle auf zentrale gesellschaftliche, politische und ökonomische Handlungsfelder (Wohnen, Beschäftigung, gemeinschaftliche Interessensvertretung etc.). Das bezieht die Bereitstellung von Dienstleistungen, wie z.B. die Strom- und Wasserversorgung oder das Ausstellen von Urkunden, mit ein. In informellen Kontexten sind Selbstorganisation und Vernetzung zentrale Überlebensstrategien vieler städtischer Bewohner*innen. Formelle und informelle Systeme sind meist eng miteinander verknüpft.



Foto: K. Klause / Misereor

Blick über
eine informelle
Siedlung in Freetown
(Sierra Leone)

Globale Urbanisierung: Ausgangslage und Trends

Unserer Welt wird immer urbaner – das 21. Jahrhundert ist „das Jahrhundert der Städte“ (WBGU 2016). Seit 2008 lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Räumen, bis 2050 wird die Stadtbevölkerung vermutlich auf etwa zwei Drittel anwachsen. Der größte Teil dieses Wachstums wird in Afrika und Asien stattfinden. Auf diese Regionen konzentriert sich auch der wachsende Bedarf an urbanem Wohnraum und städtischen Infrastrukturen. Mindestens 60 Prozent der Infrastrukturen, die 2050 weltweit existieren, werden erst noch gebaut. Zudem sind Städte in besonderem Maß von den Folgen des Klimawandels betroffen. Reichweite und Geschwindigkeit der Urbanisierung weltweit finden in nie dagewesenem Ausmaß statt.

Eine inklusive, menschenrechtsbasierte sowie klima- und umweltgerechte Stadtgestaltung kann eine große „Hebelwirkung“ für die sozial-ökologische Transformation auslösen. Dies liegt an der aktuellen und erwarteten hohen Urbanisierungsdynamik und daran, dass zentrale globale Herausforderungen in Städten besonders ausgeprägt sind.

Derzeit wohnt jede*r dritte Stadtbewohner*in im Globalen Süden, etwa 1 Milliarde Menschen, in sogenannten *informellen Siedlungen*. *Vulnerable* Stadtbewohner*innen sind dabei nicht nur von städtischen Basisdienstleistungen wie etwa der Wasser- oder Stromversorgung und dem Zugang zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen ausgeschlossen, sondern auch zunehmend von Umwelt- und Klimakrisen betroffen. Gleichzeitig tragen die

Foto: A. Schaubert / Misereor

Siedlung
auf einem Wellen-
brecher im Hafen
von Metro-Manila
(Philippinen)



Globaler Trend der Verstädterung

Die weltweite Stadtbevölkerung wächst jeden Monat um die Einwohner*innenzahl von Berlin, Hamburg und Köln zusammengekommen. Stark urbanisiert sind bereits Nordamerika (83 Prozent), Lateinamerika (81 Prozent) und Europa (75 Prozent). Etwa die Hälfte der globalen Urbanisierung wird sich bis 2050 auf nur acht Länder konzentrieren (Indien, China, Nigeria, Demokratische Republik Kongo, Pakistan, Indonesien, USA, Bangladesch). Mit 90 Prozent wird das erwartete Stadtwachstum überwiegend in Afrika und Asien stattfinden, wo der Urbanisierungsgrad heute durchschnittlich bei 44 Prozent bzw. 51 Prozent (in Asien inklusive des weitgehend urbanisierten China) liegt. Bis 2050 wird sich in nahezu allen asiatischen Ländern die urbane Bevölkerung verdoppeln.

Dieser Zuwachs speist sich vor allem aus ärmeren Bevölkerungsgruppen. Asien wird damit weiterhin Heimat für die Hälfte der globalen städtischen Bevölkerung sein. Mit einer städtischen Wachstumsrate von 3,4 Prozent urbanisiert sich der afrikanische Kontinent südlich der Sahara im globalen Vergleich am schnellsten, bis 2050 werden auch dort sechs von zehn Menschen in städtischen Gebieten leben. In Lateinamerika wächst die Stadtbevölkerung ebenfalls weiter an, wenn auch im Vergleich deutlich geringer (im Durchschnitt 0,8 Prozent jährlich bis 2050).

(UN DESA 2018)

Stadtgesellschaften überproportional zu Umweltzerstörung, dem Ausstoß von Treibhausgasemissionen sowie der übermäßigen Ausbeutung von Ressourcen bei.

Die Relevanz von Städten kommt auch in der *Agenda 2030* zum Ausdruck. Sie fordert im *Nachhaltigkeitsziel (SDG) 11*, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig [zu] gestalten“. Gleichzeitig sind Städte für die Erreichung fast aller Entwicklungsziele relevant. Ein Großteil der SDGs kann nur unter Einbindung lokaler städtischer Akteure umgesetzt werden (OECD 2022).

Auch Misereor hebt die Bedeutung von Städten als ‚Hebel‘ des Wandels hervor. Neben den jahrzehntelang bestehenden Schwerpunkten der Wohnraumentwicklung und des Schutzes vor Vertreibung werden Klimaschutz, die Anpassung an und der Umgang mit den Folgen von Klima- und Umweltkrisen immer wichtiger. Angesichts der großen Urbanisierungsdynamik rücken die Schnittstellen und Wechselwirkungen von Klimakrise und Siedlungsentwicklung und damit verbundener Infrastrukturentwicklung zunehmend in den Fokus.

Das vorliegende Positionspapier stellt die Potenziale von Städten und Stadtgemeinschaften für eine „Sozial-Ökologische Transformation“ dar. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt: Wie kann urbaner Wandel so gestaltet werden, dass Städte heutigen und künftigen Generationen ein lebenswertes Umfeld bieten? Grundlage hierfür sind Erfahrungen von Misereor, seiner Partnerorganisationen und Verbündeten. Das Papier enthält Anregungen für ein übersektorales zivilgesellschaftliches Engagement und die konkrete Projektarbeit in urbanen Kontexten. Es leistet damit einen Beitrag für den Dialog mit entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen und der Fachöffentlichkeit.

MYTHOS 1

„Urbanisierung spielt sich (nur) in Megastädten ab.“

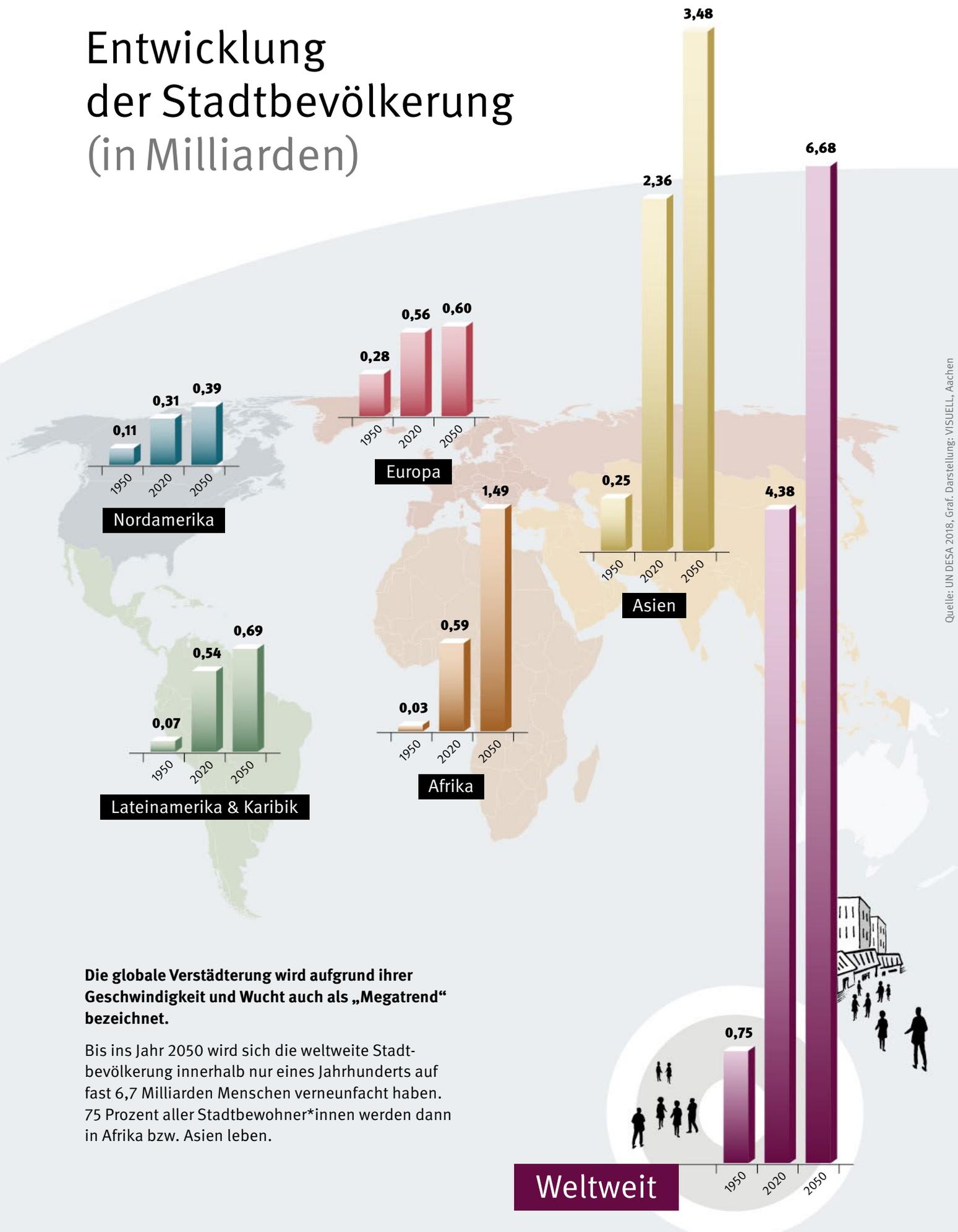
Mega-Städte mit über 10 Millionen Einwohner*innen wie Lagos in Nigeria, Jakarta in Indonesien oder Mexiko-Stadt prägen Vorstellungen von Urbanisierung und (unkontrolliertem) Städtewachstum im Globalen Süden. Jedoch ist in vielen Ländern des Globalen Südens der Anteil der städtischen Gesamtbevölkerung, der in solchen Mega-Städten lebt, vergleichsweise gering. In den *least developed countries* wurde er 2020 auf nur 10 Prozent der Gesamtzahl derjenigen geschätzt, die in diesen Ländern insgesamt in Städten leben. Vielmehr leben 50 Prozent der urbanen Bevölkerung in den *least developed countries* in Klein- und Mittelstädten mit weniger als 300.000 Einwohner*innen.

Ähnlich verhält es sich in Sub-Sahara Afrika, wo 6 Prozent der städtischen Bevölkerung in Städten über 10 Millionen und 48 Prozent in solchen unter 300.000 Einwohner*innen leben. Oder in Südostasien, wo 11 Prozent der Bevölkerung in Mega-Städten und 52 Prozent in Städten unter einer Einwohnendenzahl von 300.000 leben. Diese Zahlen veranschaulichen die unterschätzte Bedeutung von Klein- und Mittelstädten als de facto Hotspots der Urbanisierung, deren Gestaltung von entsprechend hoher Relevanz ist.

(UN DESA 2018; Bolay 2022)

Stadtviertel
Chadd Uddan in Dhaka
City (Bangladesch):
Prekärer Wohnraum
bietet kaum Schutz
bei Hitze, Kälte und
Feuchtigkeit.

Entwicklung der Stadtbevölkerung (in Milliarden)



Quelle: UN DESA 2018, Graf. Darstellung: VISUELL, Aachen

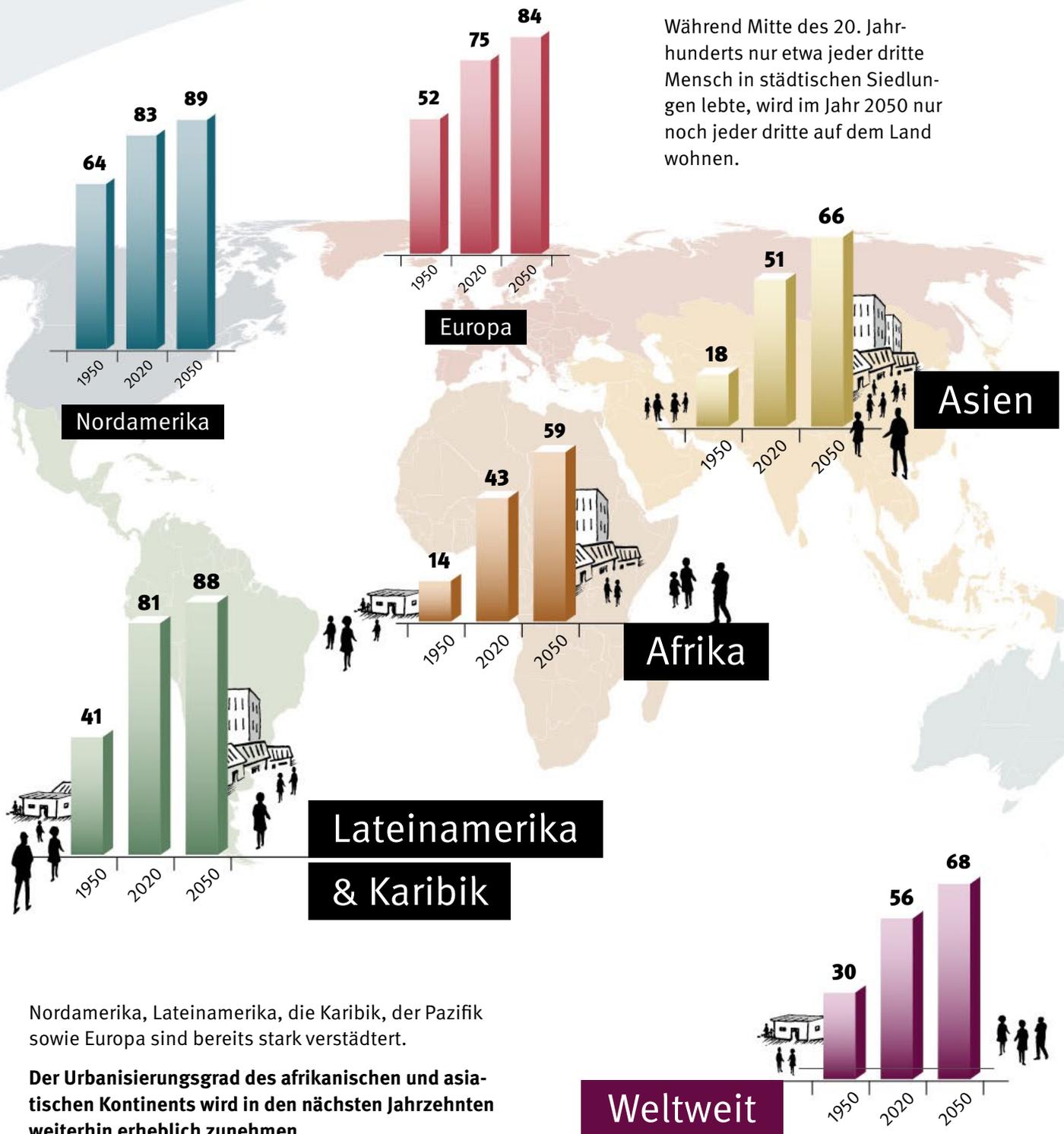
Die globale Verstädterung wird aufgrund ihrer Geschwindigkeit und Wucht auch als „Megatrend“ bezeichnet.

Bis ins Jahr 2050 wird sich die weltweite Stadtbevölkerung innerhalb nur eines Jahrhunderts auf fast 6,7 Milliarden Menschen verneunfachen. 75 Prozent aller Stadtbewohner*innen werden dann in Afrika bzw. Asien leben.

Anteil der Gesamtbevölkerung in städtischen Gebieten (in %)

Das Stadt-Land-Verhältnis kehrt sich weltweit um.

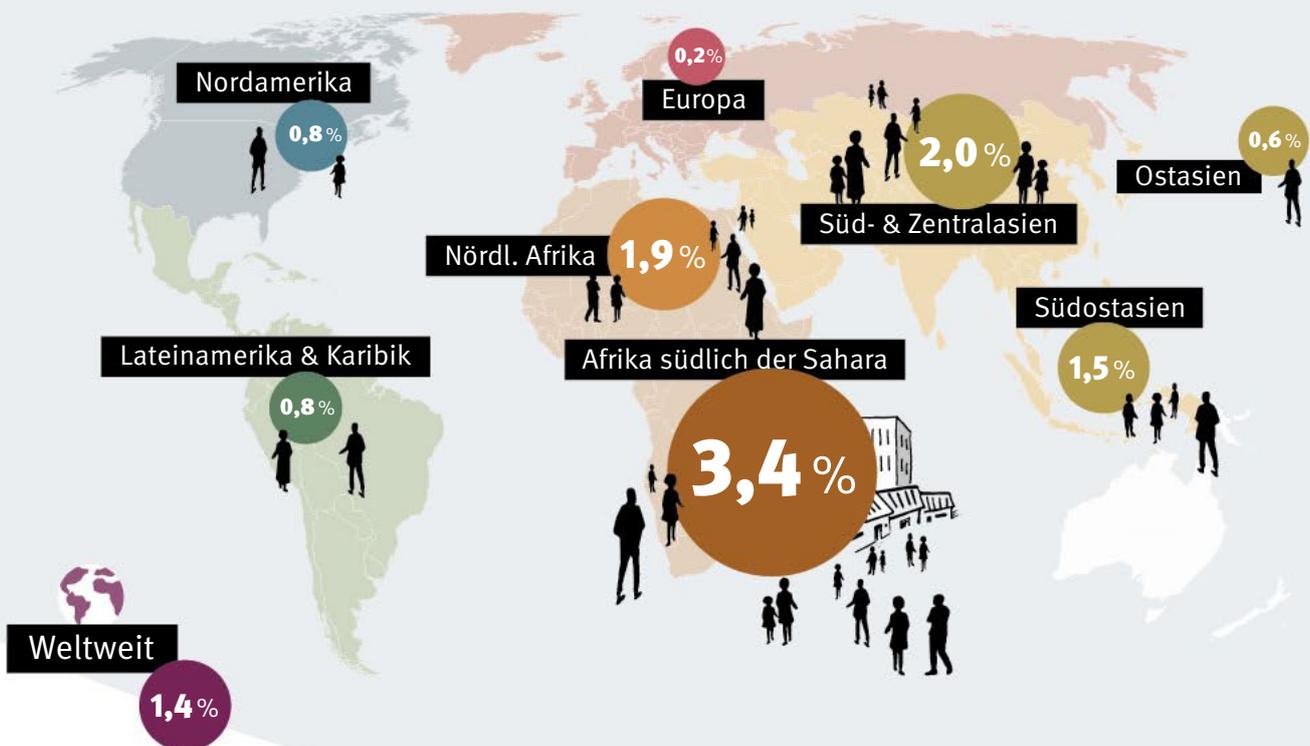
Während Mitte des 20. Jahrhunderts nur etwa jeder dritte Mensch in städtischen Siedlungen lebte, wird im Jahr 2050 nur noch jeder dritte auf dem Land wohnen.



Nordamerika, Lateinamerika, die Karibik, der Pazifik sowie Europa sind bereits stark verstädtert.

Der Urbanisierungsgrad des afrikanischen und asiatischen Kontinents wird in den nächsten Jahrzehnten weiterhin erheblich zunehmen.

Durchschnittliche, jährliche Wachstumsquote der Stadtbevölkerung im Globalen Süden von 2020 bis 2050 (in %)



Quelle: UN DESA 2018, Graf. Darstellung: VISUELL, Aachen

In Afrika, vor allem südlich der Sahara, vollzieht sich die Verstädterung im weltweiten Vergleich am schnellsten.

Mit Ausnahme von Ostasien weisen auch alle asiatischen Regionen hohe Wachstumsraten auf. Lateinamerika und die Karibik setzen ihren Urbanisierungstrend fort, wenn auch vergleichsweise langsamer.

Südamerika könnte 2050 die am stärksten verstädterte Region der Welt sein.

Foto: K. Harms / Misereor



Im Zentrum Manilas wohnen Menschen an einem Nebenfluss des Pasig River in der Nähe ihrer Arbeitsstellen.

Urbane Herausforderungen

Städtische Armut und soziale Ungleichheit

Trotz Fortschritte in der Armutsbekämpfung in den letzten Jahrzehnten hat sich die Armut urbanisiert. Die Gründe liegen zum einen in der weltweit wachsenden Zahl von Menschen, die in Städten leben, zum anderen in einer für die breite Stadtbevölkerung ausbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung in den meisten Ländern des Globalen Südens. Besonders die großen und Mega-Städte sind durch soziale Ungleichheit und eklatante Einkommensunterschiede geprägt. Statistisch zeigt dies der im jeweiligen Landesvergleich besonders hohe Gini-Koeffizient¹ einzelner Städte. Dieser liegt in Johannesburg bei 0,74 (verglichen mit 0,65 für Südafrika), bei 0,67 in

¹ Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator für die Ungleichverteilung von Einkommen, wobei 0 eine vollkommene Gleichverteilung und 1 eine vollkommene Ungleichverteilung bedeuten würde.

Am Rande
der Mülldeponie
Dandora in
Nairobi (Kenia)

MYTHOS 2

„Stadtbewohner*innen sind nicht von Armut betroffen.“

Wird das zur Verfügung stehende Einkommen zu Grunde gelegt, lebt in extremer Armut, wer weniger als 2.15 US\$ am Tag zur Verfügung hat (Stand: 2022). Dieser Definition nach lebt der Großteil von Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, weiterhin im ländlichen Raum.

Tatsächlich ist Armut jedoch vielschichtig und äußert sich nicht nur in fehlendem Einkommen. Deshalb hat sich ein multidimensionales Armutsverständnis durchgesetzt (Harders 2002). Dieses vereint die Dimensionen Bildung, Gesundheit, Lebensstandard und Kosten der Lebenshaltung. Demnach gilt als extrem arm, wer unzureichenden Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen, Energie, Mobilität und Wohnbedingungen hat. Die städtische Bevölkerung hängt allerdings stärker von monetären Ressourcen ab, zum Beispiel, da sie selbst keine (oder nur sehr begrenzt) Nahrungsmittel zur Selbstversorgung anbauen kann und Wohnraum kostenpflichtig ist. Gerade in den Städten ist die soziale Ungleichheit besonders stark ausgeprägt und die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten sind höher als auf dem Land.

Außerdem ist Armut relativ, das heißt im Vergleich zur restlichen Bevölkerung und dem direkten Umfeld, zu verstehen. Wer nicht unter die extreme Armutsgrenze fällt, kann sich trotzdem möglicherweise keine Bildungsmaterialien leisten, hat keinen Zugang zu würdigem Wohnraum oder kann nicht am sozialen Leben teilhaben. Hinzu kommt, dass über die Situation in vielen städtischen informellen Siedlungen keine verlässlichen Daten vorliegen und daher die tatsächliche Armutssituation schwer messbar ist.

(UN-Habitat 2022a; FAO et al. 2023)



Viele Häuser in San Juan de Lurigancho in Lima (Peru) liegen an den Hängen am Stadtrand und sind vom Abrutschen bedroht.

Brasilia (verglichen mit 0,53 für Brasilien) und bei 0,43 für Metro-Manila (verglichen mit 0,41 für die Philippinen) (Worldatlas 2024).

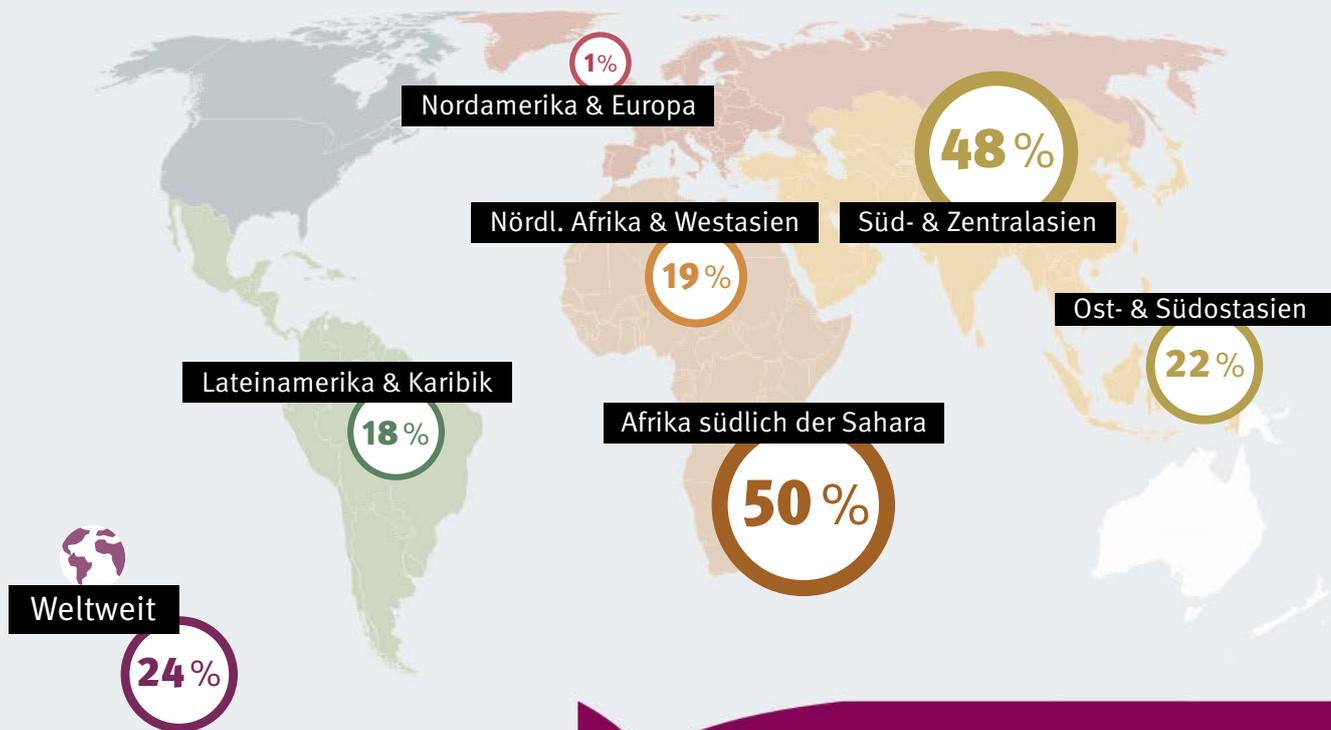
Die soziale Ungleichheit bildet sich auch räumlich ab: Die Wohlhabenden leben in privilegierten – oftmals hoch gesicherten – städtischen Vierteln mit zuverlässigem Zugang zu staatlichen oder privaten Versorgungsleistungen. Viele andere leben dagegen in prekären Wohnverhältnissen, so zum Beispiel in **informellen Siedlungen**, in extrem überbelegten, rechtlich ungesicherten Wohnverhältnissen, vernachlässigten (innenstädtischen) Gebäuden oder in Sammelunterkünften direkt an ihrem Arbeitsplatz in Fabriken und Unternehmen. In Afrika südlich der Sahara trifft das auf weit über die Hälfte aller städtischer Haushalte zu (UN-Habitat Database 2020). In Ländern Asiens variieren die Zahlen stark. Für Mega-Städte wie Mumbai, Delhi oder Kalkutta wird angenommen, dass mindestens

50 Prozent der Stadtbewohner*innen in **informellen Wohnverhältnissen** leben. In Lateinamerika und der Karibik steigt die Anzahl informeller Siedler*innen seit einigen Jahren wieder an, derzeit sind es unter 20 Prozent aller Stadtbewohner*innen – allerdings leben etwa 70 Prozent in Wohneinheiten, die in Eigenregie gebaut wurden und in vielen Fällen nicht den offiziellen Baustandards entsprechen.

Die Arbeit vieler armer Stadtbewohner*innen ist von **Informalität** und damit von geringer sozialer Absicherung gekennzeichnet. Oftmals geht dies mit einer erhöhten **Anfälligkeit** gegenüber externen Schocks (z.B. Folgen der Klimakrise, des Angriffskriegs auf die Ukraine oder der COVID-19 Pandemie) und Machtmissbrauch (z.B. durch staatliche Behörden oder auf dem Arbeitsmarkt) einher. Darüber hinaus haben sie nur eingeschränkte Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs. Frauen und Migrant*innen, aber auch Kinder und Jugendliche, sind jeglicher Art von Machtmissbrauch besonders ausgesetzt. Zugewanderte können sich häufig nicht registrieren und sind von formaler politischer Teilhabe an ihrem Wohnort ausgeschlossen. Sie sind Städter*innen, aber nicht Bürger*innen. So perpetuiert sich ein informeller Status über Generationen hinweg, denn auch Neugeborene werden in einem solchen Umfeld oftmals nicht registriert.

Foto: A. Pohl / Misereor

Anteil der Stadtbevölkerung, die in informellen Siedlungen lebt (in %)



Weltweit wohnen etwa 1 Milliarde Menschen in informellen Siedlungen.

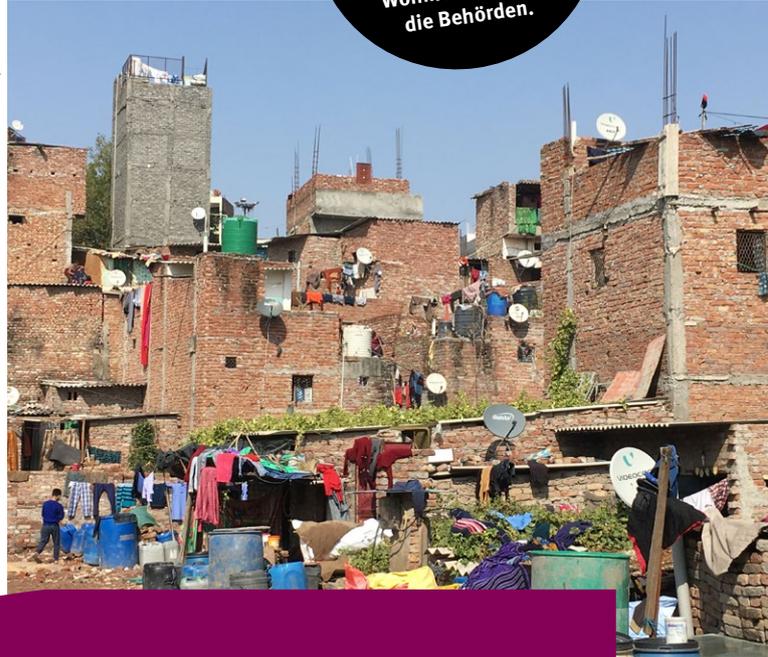
Das trifft auf jede*n dritte*n Stadtbewohner*in im Globalen Süden, jede*n zweite*n in Afrika südlich der Sahara sowie Zentral- und Süd-asien zu.

Informelle Siedlungen

Der Fachbegriff „informelle Siedlungen“ bezieht sich nach Definition des UN-Städteprogramms (UN-Habitat) auf Stadtgebiete, die durch mindestens eines der folgenden Probleme gekennzeichnet sind: Unzureichender Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen, zu sozialen Infrastrukturen wie Schulen und Krankenhäusern, zu Energie und Mobilität, hohe Wohndichte, schlechte Bauqualität (nicht offiziellen Baustandards entsprechend) sowie ungesicherte Besitzverhältnisse. Weltweit gibt es zahlreiche regionalspezifische Begrifflichkeiten, die oft abwertend konnotiert sind. Bezeichnungen sind, zum Beispiel, „Marginalsiedlung“, „Slum“ oder „Armenviertel“. Regionale Eigenbezeichnungen reichen von „asentamientos populares“ oder „favelas“ (Lateinamerika/Brasilien) über „people’s settlements“ (Afrika/Kenia) bis hin zu lokalen Begriffen für „Dorf“ in asiatischen Ländern.

Die Frauen-
gruppen in dieser
seit mehr als 30 Jahren
existierenden Siedlung
arbeiten für die
Anerkennung ihrer
Wohnrechte durch
die Behörden.

Foto: A. Schaubert / Misereor



Aufgrund ungesicherter Miet- und Besitzverhältnisse sind *informelle Siedler*innen* wie auch *Bewohner*innen anderer prekärer Wohngebiete* zudem dem Risiko ausgesetzt, zwangsweise vertrieben oder umgesiedelt zu werden. Nicht selten kommt dabei auch polizeiliche und sogar militärische Gewalt zum Einsatz. Neben Umweltschutzmaßnahmen, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel oder Infrastrukturprojekten nehmen Behörden die prekären Wohn- und Hygienebedingungen nicht selten als Vorwand, um Zwangsräumungen zu rechtfertigen ohne alternativen Wohnraum in der Nähe anzubieten.

Externe Schocks wirken sich besonders stark auf sozial benachteiligte Stadtbewohner*innen im Globalen Süden aus. Diese haben zuletzt auch die urbane Ernährungs- und Energiesicherheit bedroht. Nach Jahrzehnten des Rückgangs nimmt der Hunger nicht nur auf dem Land, sondern auch in Städten wieder zu: Weltweit ist mehr als jeder vierte in städtischen Gebieten lebende Erwachsene von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, wobei der Anteil von Frauen höher ist als der von Männern (FAO et al. 2023).

Geschlechtergerechtigkeit in Städten

W

issenschaftliche Daten und die Erfahrungen von Misereor-Partnerorganisationen belegen, dass in Städten weltweit tiefgreifende geschlechtsspezifische Ungleichheiten bestehen: Frauen sind öfter im informellen Sektor beschäftigt, etwa als Hausangestellte, und verrichten im Schnitt weit mehr als doppelt so viel unbezahlte Haus- und Sorgearbeit als Männer. Solche sozial zugeschriebenen Rollen, Arbeitsteilungen und Normen führen auch zu geschlechterspezifischen Unterschieden im Mobilitätsverhalten.

Der Zugang von Frauen und Mädchen zu Mobilitätssystemen ist eingeschränkter, und sie erfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum zudem häufiger Gewalt. Hinzu kommt: Bedingt durch diskriminierende Gesetze oder gesellschaftliche Normen sind nur weniger als 20 Prozent aller Landbesitzer*innen weltweit Frauen. Sie leben besonders häufig in ungesicherten Landrechtsverhältnissen, was sie anfällig für Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen macht.

All diese Ungleichheiten führen dazu, dass Frauen wirtschaftlichen Krisen, Pandemien und den Folgen der Klimakrise überdurchschnittlich ausgesetzt sind. Schließlich wird der städtische Raum vor allem von Männern gestaltet und orientiert sich in erster Linie an deren Bedürfnissen. Lediglich zehn Prozent der führenden Stadtplaner*innen und Architekt*innen sind Frauen, die auch in politischen Entscheidungsprozessen stark unterrepräsentiert sind.

(UN-Habitat 2022b)

Klima- und Umweltkrise

Bei der Bewältigung der Klimakrise müssen Städte und Stadtgesellschaften besonders in den Blick genommen werden. Zum einen, da sie besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden. In den kommenden Jahren werden der Anstieg des Meeresspiegels und die Zunahme von starken Niederschlägen die Wahrscheinlichkeit und Häufigkeit von Überschwemmungen deutlich erhöhen. Aktuell leben mehr als 800 Millionen Menschen in Agglomerationen, deren Lebensgrundlage bei einer Erderwärmung um 3 °C vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sein wird (Strauss et al. 2021). Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich diese Zahl weiter erhöhen. Weltweit sind Städte diesem Risiko ausgesetzt, doch der asiatische Kontinent ist besonders betroffen.

2 Knapp eine Milliarde Menschen waren bereits 2015 in asiatischen Städten von Überflutungen durch Flüsse betroffen (Shaw et al. 2022).

Hinzu kommt die Bedrohung durch Überflutung von Flüssen².

Zudem werden viele Stadtbewohner*innen – von denen ein Großteil ohnehin schon schlechten oder keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat – mit einer zunehmenden saisonalen oder dauerhaften Wasserknappheit konfrontiert sein. Städte wie die peruanische Hauptstadt Lima drohen trocken zu fallen. Das Gleiche gilt für Dutzende Städte in Indien. Bei steigender Nachfrage ist aufgrund von Dürren, dem Abschmelzen von Gletschern oder Süßwasserverschmutzung weniger sauberes Trinkwasser vor-

In Asien
sind Millionen
Menschen unmittelbar
vom Anstieg des
Meeresspiegels betref-
fen: Tacloban
(Philippinen)

Foto: H. Schwirzbach / Misereor

Top 8 der Megastädte, die durch den Anstieg des Meeresspiegels stark gefährdet sind



- Shanghai** (China)
- Dhaka** (Bangladesh)
- Kalkutta** (Indien)
- Tianjin** (China)
- Hong Kong** (China)
- Mumbai** (Indien)
- Jakarta** (Indonesien)
- Haora** (Indien)

	3°C	1,5°C
	Gefährdete Einwohner*innen (in Mio.)	Gefährdete Einwohner*innen (in Mio.)
Shanghai (China)	31,0	27,0
Dhaka (Bangladesh)	23,0	14,0
Kalkutta (Indien)	15,0	9,3
Tianjin (China)	14,0	9,1
Hong Kong (China)	14,0	11,0
Mumbai (Indien)	13,0	11,0
Jakarta (Indonesien)	11,0	8,0
Haora (Indien)	10,0	6,9

Anzahl an Menschen (in Mio.), die derzeit Land unter der Hochwasserlinie bewohnen bei einer Erderwärmung von 3°C bzw. 1,5°C.

Bevölkerungszahlen sind Medianwerte.

handen. Darüber hinaus wird geschätzt, dass die Zahl der armen Stadtbewohner*innen, die unter extremen Hitzebedingungen leben, weltweit um 700 Prozent ansteigen könnte (UCCRN 2018). Nicht zuletzt bedrohen neben der Wasserknappheit auch die Ozeanversauerung und Unterbrechungen von Lieferketten durch Extremwetterereignisse die städtische Ernährungssicherheit.

Ein weiterer Aspekt ist die dramatische Luftverschmutzung in Städten, die meist auf Verkehrs- und Industrieemissionen in Kombination mit dem Verbrennen von Ernterückständen im städtischen Umland sowie Bautätigkeiten zurückzuführen ist. Die giftige Luft verkürzt weltweit die Lebenserwartung von Städ-

ter*innen.³ Dies betrifft alle Menschen, doch können sich städtische Arme gegen Luftverschmutzung nur schwer schützen: Ihre Arbeitsplätze sind häufig im Freien und sie verfügen nicht über die Möglichkeiten, sich beispielsweise durch den Einsatz von Luftfiltern zu schützen.

Besonders betroffen von klimawandelbedingten Risiken sind Menschen, die in **informellen Siedlungen** leben. Da sie häufig in instabilen Behausungen und

³ Eine 2022 veröffentlichte Studie weist nach, dass die Luftverschmutzung in Delhi (Indien) die Lebenserwartung der Bewohner*innen um durchschnittlich knapp zehn Jahre verkürzt (Greenstone et al. 2022).

Jährliche Feinstaubexposition in städtischen Gebieten nach Weltregionen



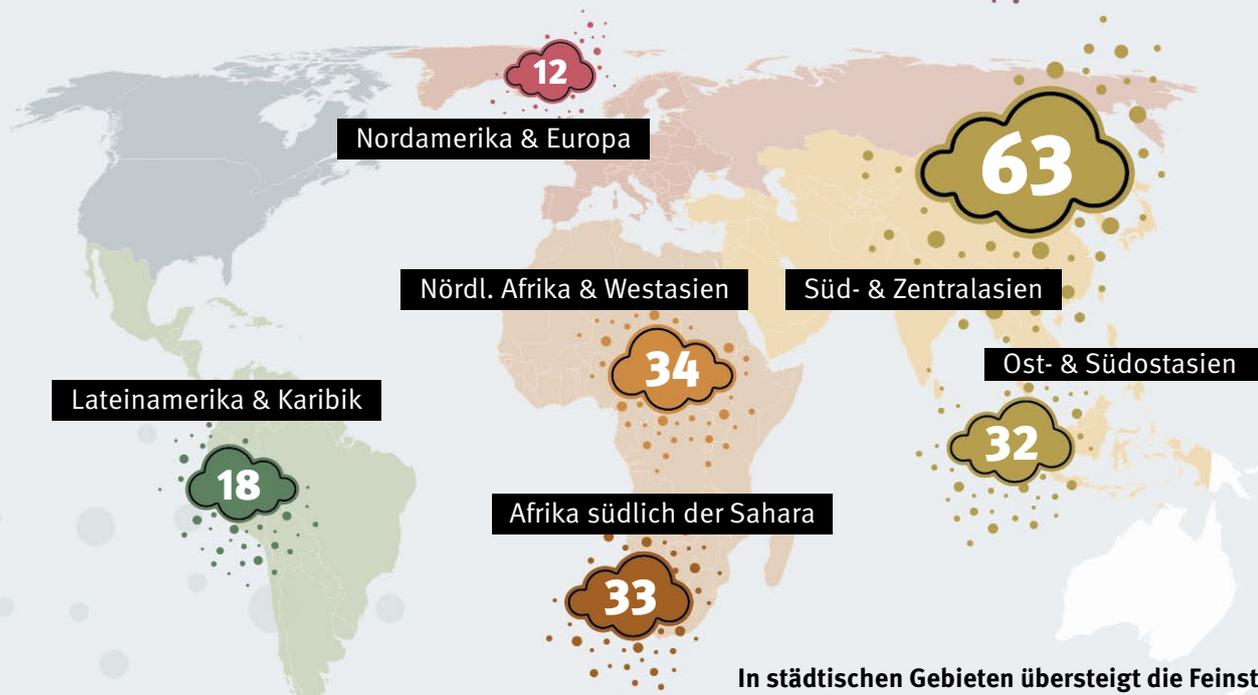
WHO-Luftgüteleitlinien Grenzwert

5

Weltweit

29

Jährliche Feinstaubexposition (PM_{2,5}) in städtischen Gebieten in Mikrogramm pro Kubikmeter (Mikrogramm/m³).



In städtischen Gebieten übersteigt die Feinstaubbelastung den Richtwert der Weltgesundheitsorganisation um ein Vielfaches. Die Werte geben den Dreijahresdurchschnitt von 2017 - 2019 an.

Wohnlagen an unbefestigten Hängen, Flussufern oder direkt an der Küste leben, sind sie stark von Erdbeben, Überschwemmungen und dem Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Soziale Infrastruktur und Basisdienstleistungen, die klimawandelbedingte Risiken mindern könnten, sind häufig nur spärlich vorhanden. Der informelle Status von Land und Wohnraum reduziert zudem die Bereitschaft von nationalen Regierungen und Kommunen zu Investitionen, etwa in klimaresiliente Infrastruktur.

Zum anderen sind Städte aber auch Mitverursachende der Klimakrise und ihre hohe Nachfrage nach Rohstoffen, Energie, Konsumgütern und Flächen belastet die natürlichen Ressourcen. Ein Großteil der Emissionen entfällt auf die Bereiche Energienutzung (inklusive Bauen und Wohnen) sowie Mobilität (Verkehr). Darunter fallen sowohl die Energienutzung vor Ort als auch Emissionen, die bei Abbauprozessen und Energiegewinnung außerhalb der Stadtgrenzen entstehen. Diese können deutlich höher sein als die Vor-Ort-Emissionen (Pichler et al. 2017). Hinzu kommt: Bis 2050 könnte sich die städtische Landfläche verdreifachen. Denn aktuell wächst die urban besiedelte Landfläche überproportional zur urbanen Bevölkerungsentwicklung, was mit einem enormen, emissionsintensiven Infrastrukturausbau einher geht. In der Folge wird auch der Anteil, den Städte am globalen Emissionsausstoß haben, weiter dramatisch zunehmen. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum *Pariser Klimaakommen*: Dort ist vereinbart, dass auch der Globale Süden seine Emissionen bis 2050 im Sinne einer *geteilten,*

Foto: C. Weichelt / Misereor



In den informellen Siedlungen von Monte Sinai in Guayaquil (Ecuador) haben die Bewohner*innen kaum Zugang zu städtischen Versorgungsleistungen oder Basisinfrastruktur.

aber differenzierten Verantwortung so reduziert, dass die Erderwärmung unter 2°C, möglichst auf 1,5°C begrenzt wird.

Zwar entwickeln viele Städte Klimaaktionspläne zur Minderung des Ausstoßes an Treibhausgasen und zur Klimaanpassung. Allerdings erschweren vielfältige Probleme die Umsetzung dieser Pläne. So mangelt es oft an einer ausreichenden Finanzierung. Und auch die Beteiligung der Stadtgesellschaften an der Erstellung von Klimaaktionsplänen ist häufig unzureichend. Die Beteiligung informell Siedelnder, die besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, scheitert häufig an ihrem unsicheren Rechtsstatus (Dodman et al. 2022).

Governance-Herausforderungen

Es wird deutlich: Städte im Globalen Süden stehen vor großen Herausforderungen. Die Überwindung von Armut und Ungleichheit muss mit der Anpassung an die Folgen der Klimakrise und der Dekarbonisierung urbaner Systeme Hand in Hand gehen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, den Fokus auf die sozial-ökologisch gerechte Gestaltung heutiger und zukünftiger Urbanisierung zu legen.

Dazu fehlen Städten und Kommunen die gesetzlich verankerten Mitspracherechte auf nationaler Ebene. Zuständigkeiten sind vielfach nicht geklärt, und Möglichkeiten der effektiven Beteiligung für die Zivilgesellschaft meist nur eingeschränkt oder gar nicht vorhanden. Ebenso fehlen Finanzmittel, über die Stadtverwaltungen und zivilgesellschaftliche Organisationen verfügen können. Anliegen und Herausforderungen, die Stadt-Land und Verwaltungsgrenzen überschreiten (Infrastrukturversorgung, Energiegewinnung

MYTHOS 3

„Urbanisierung ist durch mehr Investitionen im ländlichen Raum vermeidbar.“

Viele Regierungen des Globalen Südens haben versucht, der Verstädterung durch die Eindämmung von Land-Stadt Migration entgegenzutreten, beispielsweise durch umfassende Dezentralisierungs- und Investitionsmaßnahmen für den ländlichen Raum oder auch repressive Politiken wie Wohnsitzkontrollen oder Rücksiedlungen von Migrant*innen. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit setzte sich ab den 1970er Jahren der Fokus auf den ländlichen Raum durch, u.a. unter der Annahme schlechterer Lebensbedingungen auf dem Land als in der Stadt (siehe Mythos 2).

Doch die Verstädterung wurde durch keine der Strategien aufgehalten – zu ungleich sind die Lebenschancen zwischen städtischen und ländlichen Räumen verteilt, zu gering der finanzielle Handlungsspielraum, um gewachsene Raumstrukturen zu verändern. Hinzu kommt die Individualisierung der Lebensentwürfe. Schließlich wird die Bedeutung der Land-Stadt Migration für die Urbanisierung tendenziell auch überschätzt, ungeachtet der steigenden Relevanz klimabedingter Migration. Das natürliche Wachstum und die Eingemeindung oder Neuklassifizierung vormals ländlicher Gebiete tragen in vielen Ländern des globalen Südens bedeutender zum Städtewachstum bei als Migration. Besonders in jungen Gesellschaften wachsen Städte grundsätzlich auch aus sich selbst heraus.

(Awumbila 2017, Jedwab et al. 2017, Steinberg 2014, Tacoli et al. 2015)

Wohngebiet
in Bo (Sierra
Leone)

Foto: K. Klause / Misereor

und Mobilitätsentwicklung, Wohnungsbau, Wasser- und Ressourcenmanagement etc.) werden zu selten gemeinsam adressiert. Das liegt vielfach an fehlenden institutionellen Strukturen oder daran, dass diese keine effektive Rolle spielen. Auch kann eine gemeinsame Infrastruktur- oder Landnutzungsplanung durch konträre Interessen innerhalb der Verwaltung behindert werden.

In der Regel haben Lokalregierungen und auf urbaner Ebene agierende zivilgesellschaftliche Organisationen nur einen geringen Einfluss auf Entscheidungsprozesse auf (inter-)nationaler Ebene. So etwa bei der Formulierung von nationalen Klimaschutzplänen oder Klimaanpassungsstrategien, für deren Umsetzung Städte und Kommunen jedoch maßgeblich verantwortlich sind. Die Rolle von Städten und Stadtgesellschaften wird bei der Umsetzung (inter-)nationaler Klimapolitik zwar zunehmend anerkannt, ihr Potenzial jedoch noch nicht ausreichend ausgeschöpft.

Obwohl viele nationale Verfassungen mittlerweile Bezüge auf ein „Recht auf Wohnen“ enthalten, scheitert die Umsetzung oft an fehlendem politischen Willen oder an Partikularinteressen privater und staatlicher Akteure. Zudem haben Regierungen vieler Länder den Spielraum für zivilgesellschaftliche Beteiligung eingeschränkt. Dies bedroht zusätzlich die Möglichkeiten unterschiedlicher Gruppen der

Stadtgesellschaften, sich für sozial gerechte und klimafreundliche Veränderungen einzusetzen.

Foto: H. Schwirzbach / Misereor



Am Stadtrand von Tacloban (Philippinen) wird ein Deich zum Schutz vor Hochwasser gebaut.

Auf dem Weg in Richtung urbane Transformation

„Die Stadt von morgen wird unsere Zukunft bestimmen“, sagte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan im Jahr 2017. Um das Potenzial von Städten und Stadtgesellschaften als ‚Hebel‘ für die sozial-ökologische Transformation auszuschöpfen, ist eine integrierte, d.h. Handlungsfelder übergreifende Betrachtung der urbanen sozialen und ökologischen Krisen, ihrer Ursachen und ihrer Wechselwirkungen zentral. Ebenso muss die angesichts der Geschwindigkeit der Urbanisierung nur begrenzt zur Verfügung stehende Zeit berücksichtigt werden.

Dabei ist es Misereor wichtig, die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen einzelner Regionen und Länder zu berücksichtigen. In Nordamerika, Lateinamerika und Europa geht es insbesondere darum, einen Beitrag zu leisten, bereits urbanisierte Räume in ein inklusives und sicheres Lebensumfeld zu transformieren und klima- und umweltgerecht zu gestalten. In Asien und Afrika hingegen liegen noch größere Möglichkeiten zur *klimagerechten*, post-fossilen Gestaltung für teilweise ganz neu entstehende Stadtviertel und Städte.

Vier Leitlinien für den städtischen Wandel

Dementsprechend orientiert Misereor seine politische und projektbezogene Arbeit an den vier folgenden Leitlinien:

1. Systemorientiert

Die systemische Perspektive setzt sich zum Ziel, umfassende gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen zu erreichen und rasch eine große Reichweite zu entfalten. Dabei liegen die strategischen Einstiegspunkte für sozial und ökologisch nachhaltige Urbanisierung häufig jenseits räumlich und sektoral isolierter Silos. Sie erfolgen im Zusammenspiel unterschiedlicher Handlungsfelder wie Wohnen, Umwelt oder Mobilität und integrieren mehrere Verwaltungsebenen, die über die Stadtgrenzen hinausgehen. Entsprechend relevant sind für systemisch-transformative

Maßnahmen die politischen und rechtlichen „Weichenstellungen“ und das vernetzte Agieren von Akteuren des Wandels (sog. ‚change agents‘) in Allianzen auf lokaler, stadtweiter, nationaler und globaler Ebene.

Voraussetzung für systemische Zielsetzungen und Interventionen ist, auf wissenschaftlichen (u.a. kleinräumigen) Daten aufzubauen, die aktuelle ebenso wie zukünftige Szenarien einbeziehen. So können aktuelle Problemlagen und Strategien, basierend auf den Prognosen über zukünftige Veränderungen formuliert werden.

2. Armuts- und teilhabeorientiert

Bereits 2016 hat der „Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung“ angesichts des Zuwachses der urbanen Bevölkerung empfohlen, Maßnahmen der Stadtentwicklung auf die ärmsten und *vulnerabelsten* Bevölkerungsgruppen zu konzentrieren, genauer gesagt auf die ärmsten zwei Quintile (die ärmsten 40 Prozent) der städtischen Bevölkerung (WGBU 2016). Diese werden am stärksten zum zukünftigen Städtewachstum beitragen. Aus unserer Sicht muss zudem sichergestellt werden, dass Projekte der Stadt- und Siedlungsentwicklung nicht zu Lasten der Ärmsten durchgeführt werden, sondern deren Rechte bei Planung und Umsetzung berücksichtigt werden und ihre selbstbestimmte Teilhabe in lokalen und überlokalen Politikprozessen und Maßnahmen, die sie betreffen, gewährleistet ist.

Foto: E. Dick / Misereor



Notunterkünfte für Bewohner*innen der informellen Siedlung Mukuru kwa Njenga in Nairobi (Kenia) nach ihrer Zwangsräumung im November 2021.

Hierbei ist die Teilhabe von Frauen von besonderer Bedeutung.

Die Teilhabeoptionen sind dabei vielfältig. Sie beinhalten die Zusammenarbeit lokaler Basisorganisationen und sozialer Bewegungen mit staatlichen und kommunalen Akteuren, etwa bei der Erarbeitung städtischer Entwicklungs- und Haushaltspläne, und Möglichkeiten der Mitgestaltung

an nationalen Gesetzgebungen und Programmen. Darüber hinaus ist die Repräsentanz zivilgesellschaftlicher Akteure relevant, etwa durch das Kandidieren von Vertreter*innen ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen als Abgeordnete in Gemeindeorganen. Auch auf globaler Ebene bedarf es der Möglichkeiten effektiver Einflussnahme der organisierten Zivilgesellschaft.

3. Rechtebasiert

Ein Leben in Sicherheit, Frieden und Würde zu garantieren ist die Aufgabe von Staaten und Kommunen. Diese Aufgabe ist multidimensional: Das Menschenrecht auf sicheres Trinkwasser und sanitäre Anlagen ist ebenso international anerkannt wie das auf angemessenen Wohnraum. Dies beinhaltet, dass Wohnraum bezahlbar ist, Schutz vor Kälte, Hitze, Regen und Wind sowie vor den immer stärker werdenden Folgen der Klimakrise bietet. Ferner müssen Besitzverhältnisse gesichert sein, zum Schutz vor Vertreibung und Zwangsumsiedlung, und diskriminierungsfreier Zugang zu technischen und sozialen Infrastrukturen bestehen. Die Achtung, der Schutz und die Verwirklichung von Arbeiter*innenrechten, insbesondere

Sozial-ökologische Konfliktlinien ernstnehmen und auflösen

Zielkonflikte ergeben sich immer wieder zwischen Bemühungen, das Menschenrecht auf Wohnen zu schützen und umweltorientierten Ansätzen, die Naturräume wie Wälder oder Flussufer in Städten oder dem städtischen Umfeld ökologisch aufwerten oder bewahren möchten. Sind informelle Wohngebiete betroffen, kann der Schutz naturräumlicher Ressourcen in Menschenrechtsverletzungen münden, wenn die Wohnrechte der betroffenen Bevölkerung nicht geachtet und geschützt werden. Um diese Konfliktlinien auflösen und Umwelt- mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinen, bedarf es der kontinuierlichen Zusammenarbeit der jeweiligen Akteure, darunter beispielsweise beim Schutz der Betroffenen vor Vertreibungen.

Im Rahmen der Zwangsräumung der Siedlung Mukuru kwa Njenga in Nairobi (Kenia) wurde auch eine Grundschule zerstört.



Foto: E. Dick / Misereor

der Rechte informell Arbeitender, sind weitere zentrale Rechte. All diese bestehenden Menschenrechte müssen in Gesetzgebungen und strategischen Plänen verankert und konsequent umgesetzt werden.

Das in der *Neuen Urbanen Agenda* verankerte kollektive „Recht auf Stadt“ bündelt diese Verpflichtun-

gen, indem es die Perspektive auf Städte als urbane Gemeinschaftsgüter stärkt, in denen aktuelle und zukünftige Ressourcen (sowohl materielle wie immaterielle Ressourcen) sozial gerecht, *klimagerecht* und räumlich gerecht verteilt sind und alle Bewohner*innen als gestaltende Akteure aktiv werden können.

4. Ressourcenerhaltend und klimagerecht

Urbanisierung muss mit Blick auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der *planetaren Grenzen* gestaltet werden – etwa, um dem Biodiversitätsverlust und den Folgen der Klimakrise entgegenzuwirken. So sollte neu zu schaffende Infrastruktur grundsätzlich an einer post-fossilen Zukunft ausgerichtet sein. Städtische Räume besitzen dafür bedeutende Potenziale. Durch ihre Kompaktheit und hohe Bevölkerungsdichte können sie eine ökologisch nachhaltige Lebensweise begünstigen, indem sie den Pro-Kopf-Verbrauch von Ressourcen, Energie und Land reduzieren. Ressourcensparsame und klimaneutrale Städte können auch dazu beitragen, Abbauprozesse von Rohstoffen jenseits ihrer Stadtgrenzen zu begrenzen. Der Flächenverbrauch der Städte ist mit Blick auf den Schutz von Naturland und Biodiversität sowie die Anliegen anderer (z.B. landwirtschaftlicher) Nutzungen im Umland zu steuern, was Auswirkungen auf noch entstehende Siedlungsgebiete hat.

Städte tragen die Verantwortung, maßgeblich zur Einhaltung des *Pariser Klimaabkommens* beizutragen und damit die globale Klimaerhitzung auf unter 2°C – möglichst 1,5°C – zu begrenzen. Historisch gesehen haben Stadtgesellschaften des globalen Nordens am meisten zur Klimakrise beigetragen und stehen beim Klimaschutz in der Pflicht. Entscheidend ist jedoch ebenso die klimaneutrale Zukunft der wachsenden Städte des Globalen Südens, deren baulich-räumliche Gestalt ebenso wie ihr Zugang zu Energie teils noch entsteht. Gleichzeitig ist die *Anfälligkeit* armer Stadtbewohner*innen gegenüber Klima- und Umweltrisiken besonders in den Blick zu nehmen. Klimamaßnahmen (Minderung und Anpassung gleichermaßen) sollten Teil

Bauarbeiten in
Dandora, Nairobi
(Kenia).

Foto: K. Klause / Misereor



der lokalen Entwicklungspläne sein und andererseits muss die Rolle der Städte in nationalen Klima- und Entwicklungsplänen gestärkt werden. Klimapolitische Maßnahmen sollten grundsätzlich dem Allgemeinwohl, den Bedürftigsten und den am meisten gefährdeten Menschen dienen.

Praktische Ansätze für die urbane Transformation

Ausgehend von diesen Leitlinien setzen sich Misereor und seine Partnerorganisationen mit unterschiedlichen Ansätzen für eine sozial und ökologisch gerechte/transformativ Urbanisierung ein.

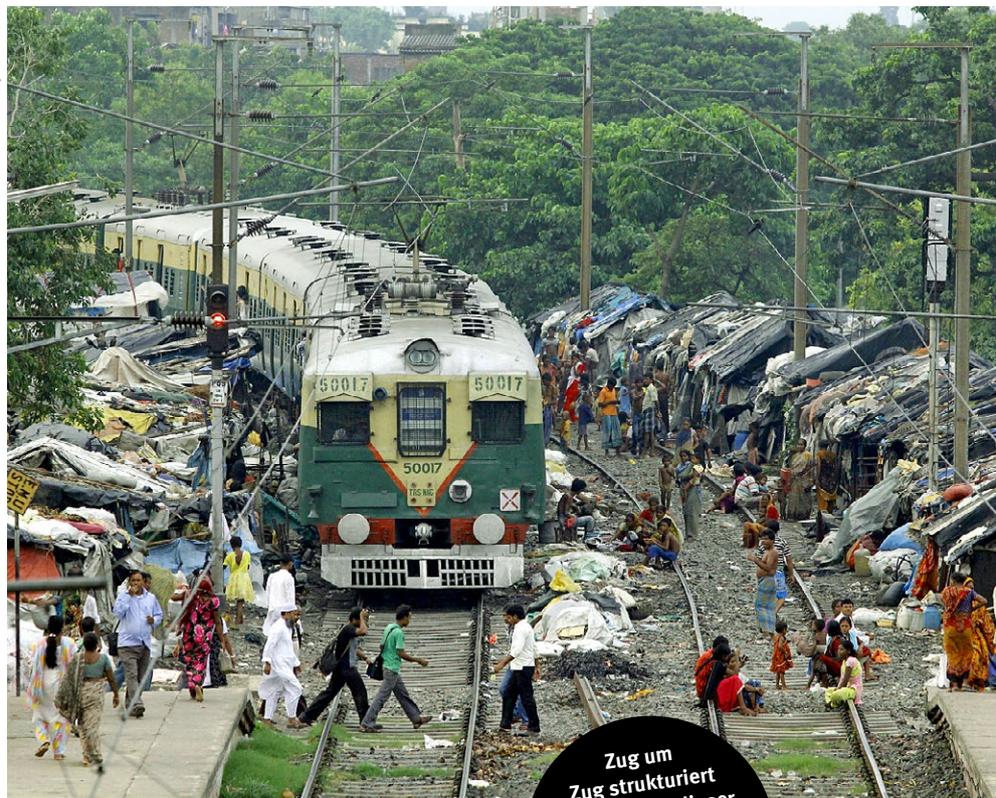
Partizipative Datenerhebung auf Siedlungs- und Stadtebene

Misereor-Partnerorganisationen unterstützen Basisgruppen in **informellen Siedlungen** und zivilgesellschaftliche Organisationen darin, das Wissen zu ihren Stadtteilen und ihren Städten zu vertiefen, indem sie selbst Daten erheben. Das Ergebnis sind für die Bewohner*innen nachvollziehbare Kenntnisse über ihre Wohnsituation, die helfen, Zugang zu Basisdienstleistungen zu schaffen. Die erhobenen Daten liefern eine wichtige Grundlage für Verhandlungen mit lokalen und kommunalen Verwaltungen und staatlichen Institutionen. Basierend auf den Datenerhebungen können auch kommunale Infrastrukturinvestitionen erreicht werden. Darüber hinaus kontrollieren Partnerorganisationen im Rahmen von Sozialaudits die Umsetzung von in der kommunalen Haushaltsplanung festgeschriebenen Siedlungsverbesserungsmaßnahmen. Während der Covid-19 Pandemie unterstützten zum Beispiel Misereor-Partnerorganisationen im Rahmen einer Kampagne in Südafrika Basisgruppen dabei, mithilfe regelmäßiger Infrastrukturerhebungen (z.B. zur Wasser-

versorgung und Gesundheitsdiensten) bei den lokalen Verwaltungen dringend benötigte Dienstleistungen zu bewirken.

Partizipative Datenerhebung und Kartierung sind wichtige Instrumente, um Klimarisiken (sowohl aktuelle als auch zukünftige) zu identifizieren. Die gewonnenen Daten dienen der Erstellung lokaler Klimaaktionspläne und von Frühwarnsystemen und können auch im Rahmen des Katastrophenschutzes genutzt werden, sowohl auf Siedlungs- als auch auf Stadtebene. Eine Partnerorganisation von Misereor hat beispielsweise für eine gesamte asiatische Megastadt und ihre Metropolregion aktuelle und zukünftige Risiken kartiert. Grundsätzlich gilt, dass die Resilienz einer Stadt auch davon abhängig ist, dass informell Siedelnde im Katastrophenfall zahlenmäßig erfasst sind und ausreichend unterstützt werden.

Foto: H. Schwarzbach / Misereor



Zug um Zug strukturiert das Leben in dieser Siedlung, ebenso wie die Furcht, von dort vertrieben zu werden.

BEISPIEL: ASIEN

Optionen für systemischen Wandel identifizieren: Plattform urbane Transformation

Die schnell voranschreitende Urbanisierung und die Klimakrise zeigen eine Leerstelle auf: Welche positiven Visionen für sozial gerechte und postfossile, klimafreundliche Städte gibt es, und mit welchen Umsetzungsoptionen können diese konkret erreicht und finanziert werden? Genau hier setzt die 2021 gegründete „Plattform Urbane Transformation“ an. Sie bietet einen Raum für Austausch, Beratung und Strategiebildung, der Misereor ebenso zur Verfügung steht wie interessierten Organisationen, die unterschiedliche thematische Bereiche abdecken. Soziale Organisationen sind ebenso vertreten wie Umwelt- und Klimaorganisationen. Gemanagt wird die Plattform von einer externen, unabhängigen Moderation und Prozessbegleitung. Der inhaltliche Rahmen der „Plattform urbane Transformation“ ist übersektoral und fördert damit auch die Vernetzung von Akteuren unterschiedlicher Schwerpunkte.

Die folgenden Fragestellungen stehen dabei im Vordergrund: Trägt eine vorgeschlagene Strategie dazu bei, die rapide Urbanisierung sozial und *klimagerecht* zu gestalten? Wird eine Breitenwirkung angestrebt, die über ein einzelnes Projekt hinaus geht? Trägt der angestrebte Zeitrahmen dem Handlungsdruck, der durch die Klimakrise entsteht, Rechnung? Was sind – in der jeweiligen Stadt – die transformativen Handlungsfelder, die besonders drängen? Die Vernetzung von Themen, Strategien und Akteuren trägt dazu bei, dass sich übersektorale Allianzen bilden, die sich nicht nur kollegial beraten, sondern gemeinsame Interventionen durchführen.

Blick
über die Dächer
von Tacloban
(Philippinen)

Bewohner*innen einer informellen Siedlung in Gobabis (Namibia) sind an der Siedlungsplanung und am Bau ihrer Häuser beteiligt.



Foto: E. Dick / Misereor

Selbstorganisation für kostengünstigen Wohnraum, staatliche und kommunale Wohnbauprogramme und gegen Vertreibungen

Der Umfang der Urbanisierung und des bestehenden Wohnraumdefizits erfordern die schnelle und klimafreundliche Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für Zielgruppen mit geringem Einkommen, inklusive des Zugangs zu Energie, Wasser, Mobilität und sozialen Dienstleistungen. Sowohl in Kleinstädten wie in Metropolregionen stellt sozialer Wohnungsbau ein Kernelement urbaner Transformation dar. In der jüngsten Vergangenheit versuchen Partnerorganisationen von Misereor zum Beispiel, lokale Regierungen dazu zu bewegen, mit Hilfe von modularem Wohnbau rasch und kostengünstig auf bestehende Wohnraumdefizite zu reagieren. Darüber hinaus setzt sich Misereor gemeinsam mit seinen Partnern in **informellen Siedlungen** für den Erhalt oft über Jahrzehnte gewachsener Nachbarschaften und die schrittweise bedarfsgerechte Verbesserung von Wohnraum und Infrastruktur ein. In beiden Fällen geht es darum, ein angenehmes Raumklima zu gewährleisten, und

sicherzustellen, dass der Wohnraum Schutz bei großer Hitze, Kälte oder Feuchtigkeit gewährleistet. Angesichts der Urbanisierung bleibt die Herausforderung, vorausplanend adäquaten und würdigen Wohnraum für zusätzliche Bewohner*innen zu schaffen. Dazu gehört auch, Leerstand und Immobilienspekulation zu vermeiden und zur Verfügung stehenden Wohnraum und Wohnflächen im Sinne des Allgemeinwohls zu nutzen. Dabei ist auch wichtig, bestehende soziale Spaltungen anzuerkennen und Konflikte zu bearbeiten, etwa zwischen Wohnraumeigentümer*innen und Mietenden, Alteingesessenen und neu Zugezogenen/ Migrant*innen etc.

Urbane Klimapolitik

Klimapolitik ist eine globale, Handlungsfelder übergreifende Aufgabe. Städte sind komplex, und häufig haben politische Maßnahmen mehrere Ziele. Der sechste Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC schlägt beispielsweise vor, Anpassung und Klimaschutz integriert zu betrachten (Shaw et al. 2022). Die vielfältigen Aktionsfelder urbaner Klimapolitik werden von unterschiedlichen sozialen und ökologischen Akteuren vorangetrieben, im Idealfall gemeinsam. Der Schutz der Rechte informell Siedelnder im Zusammenhang mit Infrastrukturvorhaben (der Klimawandelanpassung und des Klimaschutzes), der Ausstieg aus fossilen Energieträgern oder die Förderung nachhaltiger Mobilitätssysteme sind beispielhafte Ankerpunkte urbaner Klimapolitik. In den vergangenen Jahren haben sich Basisgruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen verstärkt in die Ausarbeitung von lokalen Klimastrategien und nationalen Klimaaktionsplänen (*Nationally Determined Contributions*) eingebracht. Die Erarbeitung von Hitzeplänen und Klimaaktionsplänen auf der Gemeindeebene und Stadtebene sind vielfach durchgeführte Maßnahmen. Eine Partnerorganisation von Misereor wurde von der Verwaltung der Stadt Kalkutta beauftragt, die Koordination eines umfassenden Klimaaktionsplans mit Wissenschaftler*innen, der Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erarbeiten.

BEISPIEL: AFRIKA



Lebendiger
Alltag in Bo
(Sierra Leone)

Stärkung des urbanen sozialen Zusammenhalts und der Integration von Migrant*innen

Die allermeisten Migrant*innen in Afrika und Geflüchtete wandern innerhalb des Kontinents, oftmals in die Nachbarländer. Städte sind dabei Hauptziel- oder Durchgangsorte. Sie bieten im Vergleich zu ländlichen Räumen besseren Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheitsdiensten, oft auch Anschluss an Communities aus den Herkunftsländern. Die meisten Migrant*innen kommen in **informellen Siedlungen** oder kostengünstigem innenstädtischen Wohnraum unter, was Konflikte zwischen der (ähnlich **vulnerablen**) Lokalbevölkerung und den Zugewanderten zur Folge haben kann. Diese werden nicht selten politisch instrumentalisiert.

Vor diesem Hintergrund versuchen Partnerorganisationen von Misereor durch die gezielte Einbindung von Migrant*innen in Basisorganisationen deren Anliegen sichtbarer zu machen – und zwar bezogen auf das unmittelbare Wohnumfeld, aber auch auf die Gesamtstadt. Zudem versuchen sie, wo nötig, Konflikte zwischen Gruppen zu schlichten. Dies soll auch dazu führen, dass gemeinsame Anliegen (für besseren Wohnraum, Zugang zu sozialen Diensten und Arbeitsplätzen) identifiziert und in Politik und Öffentlichkeit vertreten werden. Urbane Geflüchtete unterstützen sie durch psychosoziale Beratung und Fortbildungen dabei, wieder soziale und ökonomische Eigenständigkeit zu erlangen. Zu den Angeboten haben oftmals auch Angehörige der lokalen Bevölkerung Zugang.



Foto: K. Klaus / Misereor

Zivilgesellschaftliche Allianzbildung und Netzwerkarbeit zur politischen Einflussnahme

Globale Netzwerke und Bündnisse wie die „Habitat International Coalition“ (HIC) oder die Globale Plattform für das Recht auf Stadt (GPR2C) vernetzen zivilgesellschaftliche Organisationen und Akteure und treten gemeinsam bei internationalen Foren der Vereinten Nationen auf (z.B. *Habitat-Konferenzen*, World Urban Forum, High Level Political Forum oder den Klimakonferenzen). Dort vertreten sie die Interessen derjenigen Stadtbewohner*innen, die am wenigsten gehört werden und setzen sich dafür ein, dass internationale Leitlinien und Übereinkommen ihre Bedarfe berücksichtigen. Gleichzeitig fördern sie globale Lernprozesse und den Erfahrungsaustausch. Regionale Netzwerke wie das „Climate Action Network - South Asia“ (CAN-SA), das Mitglied im gleichnamigen globalen Netzwerk ist, bringen bei den Klimakonferenzen regional spezifische Forderungen in die Verhandlungen mit ein, die die Wechselwirkungen von Urbanisierung und Klimakrise zum Inhalt haben und die Bedeutung von Städten und Zivilgesellschaften in der Klimapolitik stärken. Indem es Regierungsdelegationen begleitet, nimmt das Netzwerk direkten politischen Einfluss, und wirkt als Schnittstelle zwischen lokalen und globalen Politikprozessen, und vernetzt staatliche, kommunale und nichtstaatliche urbane Akteure miteinander.

Lobby und Advocacy für postfossile Infrastrukturfinanzierung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene

Für eine nachhaltige und gerechte Stadtentwicklung ist es notwendig, Investitionen in neu entstehende Infrastrukturen gleichermaßen an verbindlichen menschenrechtlichen und nachhaltigkeitsbezogenen Standards auszurichten. Exemplarisch für Lobby- und Advocacyarbeit in diesem Bereich ist das Vorgehen eines Konsortiums, das asiatische Organisationen mit Akteuren verknüpft, die in Europa angesiedelt sind. Ihre politische Arbeit findet somit sowohl auf der Seite der Länder im Globalen Norden statt, die Finanzierungen bereitstellen, als auch auf Seiten der Empfängerländer. Ziel ist es, Finanzressourcen für Infrastruktur Basisgruppen auf der lokalen Ebene zugänglich zu machen und hierfür auf der globalen

und der jeweils nationalen Ebene die strukturellen Weichenstellungen zu beeinflussen. An diesem Konsortium beteiligen sich auch Basisorganisationen, die an der Verbindung des Stadt-Land-Raums oder zu Infrastrukturfragen arbeiten. Da das Klimaschutzpotenzial von Kleinstädten besonders hoch ist, ist es ein wichtiges Anliegen der Gruppe, postfossile Infrastrukturfinanzierungen in diesen Städten voranzutreiben. In Indien liegt ihr Potenzial zur Emissionsminderung beispielsweise bei 70 Prozent der Gesamtemissionen, im Vergleich zu einem business as usual-Ansatz.

Regulierung städtischer Bodenmärkte und Eindämmung von Boden- und Immobilien-spekulation

Die Nutzbarmachung brachliegender Flächen und vernachlässigter Gebäude in guten Innenstadtlagen für arme Bevölkerungsschichten ist im Sinne einer sozial gerechten und ‚kompakten‘ Stadtentwicklung ein wichtiger Ansatz. Ebenso geht es darum, Vertreibung und Gentrifizierung auf seit Jahrzehnten besiedeltem Land zu vermeiden und die Land- und Zugangsrechte der dort Wohnenden zu sichern, etwa wenn staatliche Akteure für diese Flächen eine Nutzungsveränderung planen oder ihnen dieses Land gehört. Oftmals sind Infrastrukturvorhaben wie der Ausbau von Bahnlinien, Straßen, der Bau von Einkaufszentren oder hochpreisiger Wohnraumprojekte der Ausgangspunkt für die Bedrohung von Siedlungen. In diesen Situationen beraten Partnerorganisationen von Misereor vertreibungsgefährdete Gemeinschaften oder vertreten sie vor Gericht. Darüber hinaus initiieren und begleiten sie Aushandlungsprozesse mit städtischen Behörden, Ministerien und privaten Immobilienunternehmen und anderen Privatleuten. In vielen Fällen tragen sie auch zur Generierung von Wissen und Dokumentation von Vertreibungsfällen bei, sowohl unter Einsatz traditioneller, als auch ‚neuer‘ Medien und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen.

BEISPIEL: LATEINAMERIKA



Seel el CAMBIO que quieres VER EN EL MI MINDO

Gemeindebasierter Bau und Gestaltung von Wohnraum und Lebensumfeld

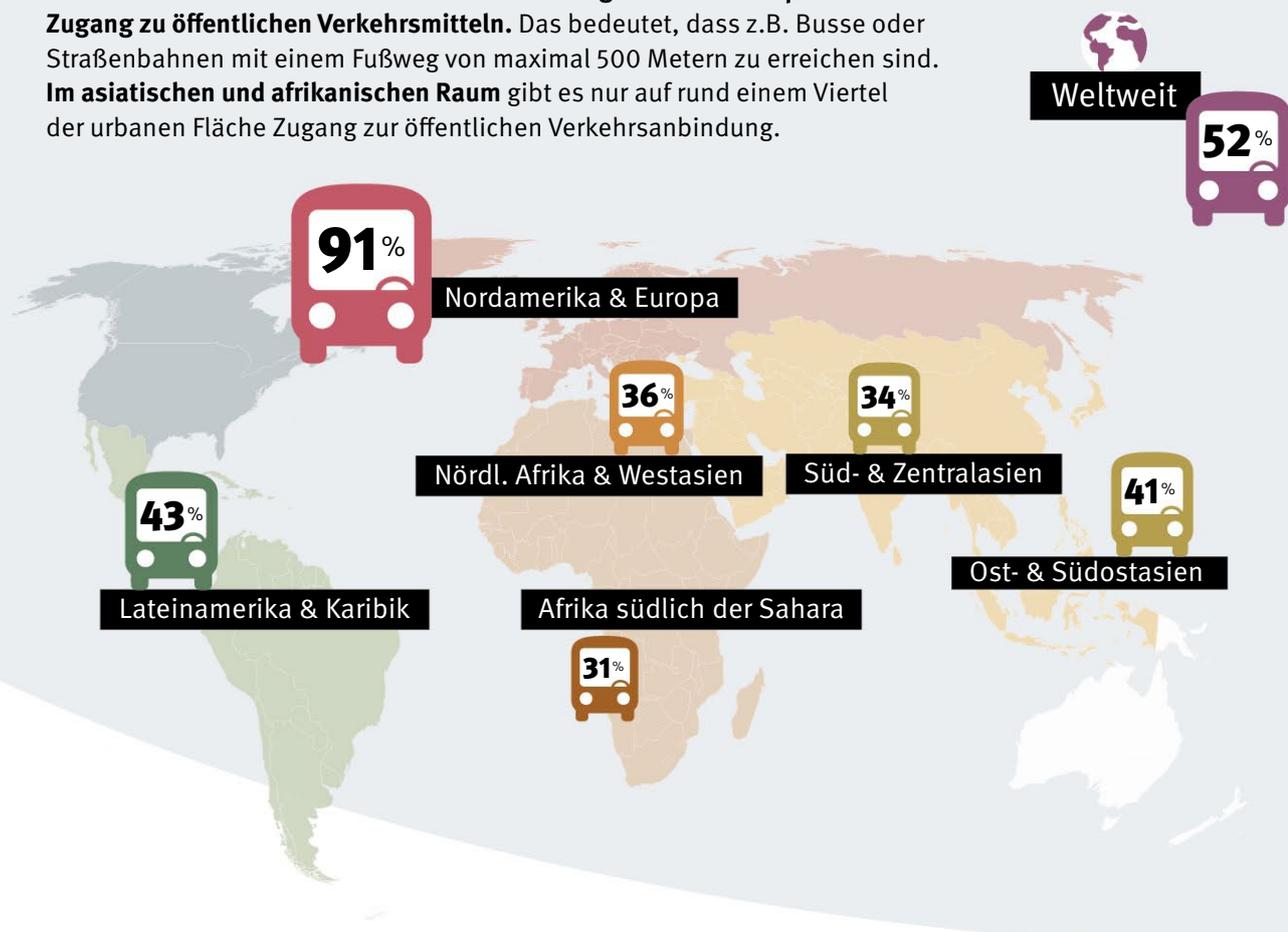
Das Konzept der sogenannten “sozialen Produktion von Wohnraum”, also die Versorgung mit Wohnraum in kooperativer Selbsthilfe, ist im Kontext der ersten *Welt-habitat-Konferenz* 1976 in Vancouver entstanden und vor allem in Lateinamerika stark verbreitet. Bewohner*innen entwerfen und planen gemeinschaftlich ihre Wohnungen und ihr städtisches Lebensumfeld. Darunter fällt in vielen Fällen auch die Versorgungsstruktur wie Straßen, Stromnetze oder die (Ab-)Wasserver- und Entsorgung. Dabei werden auch Aspekte wie die Begrünung und ökologische Aufwertung von Stadtvierteln berücksichtigt.

Misereor-Partnerorganisationen begleiten diese Prozesse beratend und technisch in unterschiedlichen Ländern. Das globale Netzwerk „Habitat International Coalition“ (HIC) hat bei der Entwicklung und Verbreitung des Konzeptes eine maßgebliche Rolle gespielt. Häufig gibt es auch staatliche Unterstützung für die soziale Produktion von Wohnraum. Der Prozess ermöglicht die aktive Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen für die direkt betroffenen Bewohner*innen und macht eine sozial-ökologische Transformation „von unten“ möglich. Begünstigt sind vor allem diejenigen, die aufgrund informeller Beschäftigung oder geringen Einkommens keinen Zugang zum formalen Wohnungsmarkt haben.

Auf einem Wandbild in Cochabamba (Bolivien) steht „Sei selbst der Wandel, den du in der Welt sehen möchtest“.

Anteil der Stadtbevölkerung mit bequemem Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln (in %)

Rund die Hälfte der weltweiten Stadtbevölkerung hat keinen bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Das bedeutet, dass z.B. Busse oder Straßenbahnen mit einem Fußweg von maximal 500 Metern zu erreichen sind. Im asiatischen und afrikanischen Raum gibt es nur auf rund einem Viertel der urbanen Fläche Zugang zur öffentlichen Verkehrsanbindung.



Mobilitätssysteme sozial gerecht und klimafreundlich gestalten

Die Mobilitätswende ist ein Kernelement der sozial-ökologischen Transformation⁴. Zugang zu Mobilität bedeutet Zugang zu Arbeitsplätzen und Einkommen, zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen und nicht zuletzt zu Teilhabe am sozialen Leben. Eine auf motorisierten Individualverkehr fokussierte Stadt schließt arme Stadtbewohner*innen aus. Partner von Misereor engagieren sich in vielfältiger Weise für eine Mobilitätswende, die soziale und ökologische Ziele miteinander verbindet. Schwerpunkte des Engagements sind die Verknüpfung von öffentlichem Nahverkehr mit der Planung von Wohnvierteln, das Lobbyieren für öffentli-

chen Nahverkehr und den Erhalt und die Schaffung von Räumen für aktive Mobilität (zu Fuß gehen und Radfahren). Verkehrsorientierte Entwicklung, ein Ansatz raumplanerischer Erschließung, der von vornherein die Bedarfe eines effizienten und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs erfasst (häufig als ersten Schritt), stellt einen wichtigen Ansatz dar. Besonders in Regionen mit rapider Urbanisierung.

⁴ Positionspapier Misereor 2023: Mobilität für alle. Chancen nutzen – Zukunft gestalten!

Stadt-Land-Verbindungen stärken

Städte können nicht isoliert vom ländlichen Raum betrachtet werden (siehe Mythos 4). Mit Blick auf Ernährungssicherheit und die Versorgung der Städte mit sauberem Trinkwasser, Energie und Nahrungsmitteln wird die Relevanz von Stadt-Land-Verbindungen besonders deutlich. Misereor-Partnerorganisationen unterstützen zum Beispiel den Erhalt von Ökosystemen und den Umweltschutz in Wassereinzugsgebieten sowie die Verbindung von lokalen Produzent*innen mit städtischen Konsument*innen. Auch fördern sie die urbane Landwirtschaft, die zur Diversifizierung der Ernährung der Familien und teilweise auch zur Einkommensverbesserung beiträgt. Durch die Einrichtung von Ernährungsräten mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Regierung wurden beispielsweise in Brasilien Maßnahmen für eine verbesserte Ernährung in lokaler, regionaler und nationaler Regierungspolitik

Obsthändlerin
auf einem informellen
Markt im Stadtteil
Anisabad in Patna
(Indien)

MYTHOS 4

„Stadt und Land sind klar voneinander getrennte Welten.“

Städte und der ländliche Raum wurden lange Zeit getrennt voneinander betrachtet, als handele es sich um klar abgrenzbare Welten mit voneinander unabhängigen Entwicklungsdynamiken und Herausforderungen. Der entwicklungspolitische und wissenschaftliche Mainstream hat lange zur Vorstellung einer solchen Dichotomie beigetragen oder tut es weiterhin. Denn in vielen Organisationen sind Zuständigkeiten für städtische und ländliche Entwicklung klar voneinander getrennt. Dabei sind Stadt und Land eng miteinander verflochten, und es bestehen vielfältige Interdependenzen. So haben regionale Klein- und Mittelstädte für die ländliche Bevölkerung eine wichtige Versorgungs- und wirtschaftliche Funktion, etwa zur Vermarktung oder Weiterverarbeitung von Primärgütern. Umgekehrt ist die Stadtbevölkerung von Nahrungsmitteln und Umweltgütern aus dem ländlicheren Raum abhängig. Gebiete rein ländlicher Prägung werden immer seltener, das Verhältnis von ländlichen zu städtischen Räumen ist oftmals konfliktiv. So etwa im (periurbanen) Umland wachsender Metropolen, wo der steigende Bedarf an Wohn- und Versorgungsflächen zu einer Verdrängung von Agrar- oder Freiflächen führt.

Vor diesem Hintergrund finden in der räumlichen Politik und Planung flexible Konzepte wie das Stadt-Land Kontinuum zunehmend Verwendung. Sie erlauben eine integrierte Betrachtung von Stadt und Land und orientieren sich an (Finanz-/Umwelt-/Personen-/Infrastruktur-/Daten-) Strömen, die oftmals Verwaltungsgrenzen überschreiten.

(Dick 2013)



Eine Jugendgruppe in San Salvador. Jede*r zweite Salvadorianer*in ist jünger als 25 Jahre.

Die neuen Generationen als Treiber des urbanen Wandels – heute und in Zukunft

Aktuellen Prognosen zufolge werden im Jahr 2030 60 Prozent aller Stadtbewohner*innen Kinder und Jugendliche (unter 18 Jahren) sein. Damit entscheidet Stadtentwicklung auch maßgeblich über die Zukunftsperspektiven der neuen Generationen. Gleichzeitig sind Jugendliche und junge Erwachsene Akteure des Wandels – künftig und bereits heute. Dafür brauchen sie entsprechende Kenntnisse über ihre Einflussmöglichkeiten und Rechte sowie Räume, in denen sie sich ausdrücken und Aufmerksamkeit für ihre Anliegen

und Bedürfnisse schaffen können. Hier engagieren sich Partnerorganisationen von Misereor, zum Beispiel in der inklusiven Gestaltung von sicheren, öffentlichen Räumen und Kulturzentren, die von den Bewohner*innen selbst aufgebaut und getragen werden. Sie bilden Netzwerke mit Kindern und Jugendlichen, die zu Umwelt-„Watchdogs“ ausgebildet werden und eigene Aktionen zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtviertel starten. Beispielsweise durch Müllsammelaktionen oder Begrünung. Der Zusammenhalt im Stadtviertel wird auch über Kulturveranstaltungen (Musik, Tanz oder Theater), Sport oder die Arbeit im städtischen Gemeinschaftsgarten gestärkt. So wird gleichzeitig der gemeinsame Einsatz für ihre Rechte und die Selbstorganisation der (jungen) Bewohner*innen erleichtert. Kunst, Kultur und Kreativität sind Werkzeuge und Kommunikationsmittel für den Wandel – insbesondere, aber nicht nur von und für Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt.

festgeschrieben. In Belo Horizonte wurde erreicht, dass qualitativ hochwertige Waren an einzelnen Tagen in einkommensschwachen Gegenden zu festgeschriebenen Preisen verkauft werden. Im Gegenzug bekommen Einzelhändler*innen an den restlichen Tagen Lizenzen für den Verkauf in einkommensstärkeren Stadtgebieten. Auch zerstörerische Abbauprozesse von Rohstoffen, beispielsweise Nickel, werden übergreifend bearbeitet, indem die betroffenen ländlichen Gemeinschaften mit städtischen Gemeinschaften in Verbindung treten, die von Mobilitätsinfrastrukturvorhaben betroffen sind. Dieses Beispiel baut auf der Solidarität auf. Solidarität zwischen Gemeinden und Gemeinschaften, die von Prozessen der Energiegewinnung (Staudämme, Kohleabbau) betroffen sind und urbanen Gemeinschaften, die Energie nutzen.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Um der übergeordneten Zielsetzung einer sozial und ökologisch gerechten Urbanisierung näher zu kommen, bedarf es handlungsfeldübergreifender Aushandlungsprozesse auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Staatlichen entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Sie haben sich im Rahmen der Agenda 2030 dazu verpflichtet, sich für das *„Leave No One Behind“* Prinzip einzusetzen. Das heißt, es soll insbesondere die Le-

benssituation von den ärmsten Bevölkerungsgruppen verbessert werden. Zivilgesellschaftliche Akteure im Globalen Süden und Norden haben ein außerordentliches Potenzial, gesellschaftlichen Wandel ‚von unten‘ anzustoßen.

Auf der Basis der in diesem Papier dargestellten Herausforderungen, Leitlinien und Arbeitsansätze richtet Misereor folgende (gleichgewichtige) Empfehlungen an entwicklungspolitische Entscheidungsträger*innen sowie an Partner*innen und Verbündete:

Misereor empfiehlt entwicklungspolitischen Entscheidungsträger*innen

1. Die **Schlüsselrolle von Städten und städtischen Akteuren für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens** anzuerkennen. Diese Anerkennung sollte sich auch in Kompetenz-, Förder- und Finanzierungsentscheidungen ausdrücken, die der rasanten Geschwindigkeit und dem Umfang der globalen Urbanisierung Rechnung tragen.

2. Dies beinhaltet zu berücksichtigen, dass **Städte ‚als System‘** weit über ihre administrativen Grenzen wirken und sich für eine **Stadt- und Raumplanung einzusetzen, im Rahmen derer kompakte Städte gefördert und urbaner Flächenverbrauch verhindert** werden. Dazu gehört auch, entsprechende Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr oder für die Reduzierung des Mobilitätsbedarfes vorzunehmen.

3. Sich für eine **Verankerung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte in nationalen Gesetzgebungen, Statuten, und lokalen Entwicklungsplänen** einzusetzen. Dies gilt in besonderem Maße für das „Menschenrecht auf Wohnen“ und das „Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung“ sowie das in der Neuen Urbanen Agenda der Vereinten Nationen (2016) festgehaltene „Recht auf Stadt“. Den Dynamiken der Urbanisierung, sich vertiefenden sozialen Ungleichheiten und Klima- und Umweltkrisen sollte dabei Rechnung getragen werden.

4. Sich nationalen Regierungen gegenüber klar zu positionieren, dass **Vertreibungen, Umsiedlungen oder Räumungen**, bei denen die erforderlichen verfahrenstechnischen Schutzbestimmungen nicht eingehalten werden, zu **verurteilen** sind. Diese gelten als ‚Zwangsräumungen‘ und stellen eine grobe Verletzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Vereinten Nationen dar. Das gilt auch für Umsiedlungsvorhaben im Zuge von Klimaanpassungsmaßnahmen und geplanter Infrastrukturvorhaben.

5. Entwicklungspolitische **Vorhaben zum Nutzen und zum Wohle der ärmsten 40 Prozent der städtischen Bevölkerung** zu fokussieren. Das beinhaltet, dass die betroffene Bevölkerung bei Projekten der Stadterneuerung und -aufwertung die Möglichkeit zu effektiver Mitsprache und -bestimmung erhält. Ferner, sich dafür einzusetzen, Basisinfrastrukturen und erschwinglichen (sozialen) Wohnraum zu schaffen, Bodenmärkte zu regulieren und Immobilien Spekulation zu verhindern.

6. Sich für die **Integration von Klimaschutz und -anpassung in der lokalen Entwicklungsplanung** einzusetzen und die **Bedeutung von Städten in nationalen Klima- und Entwicklungsplänen**

zu unterstreichen, und die Rolle städtischer Akteure zu stärken. Bei Maßnahmen zum Risikomanagement und zur Anpassung an den Klimawandel müssen besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen geschützt und bei der Entwicklung und Umsetzung aktiv einbezogen werden.

7. Sich für den direkten, schnellen, förderfähigen und angemessenen **Zugang zu Klimafinanzierungen (Anpassung und Klimaschutz sowie von klimabedingten Verlusten und Schäden)** für nicht-staatliche Akteure und für Gemeinschaften informeller Siedlungen einzusetzen. Nicht zuletzt sollte deren Mitsprache bei der Ausgestaltung des neuen Fonds für klimabedingte Verluste und Schäden gestärkt werden.

Misereor empfiehlt Partner*innen und Verbündeten:

1. Ihre wichtige **Rolle als Akteure des Wandels wahrzunehmen und systemorientierte Transformationsprozesse** in Richtung eines rechtsbasierten, armuts- und teilhabeorientierten sowie *klimagerechten* Paradigmenwechsels anzustoßen. Dabei können konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf lokaler oder regionaler Ebene einen ebenso relevanten Beitrag leisten wie die Mitgestaltung der politischen Rahmenbedingungen auf allen Ebenen.

2. Urbane **Herausforderungen handlungsfeldübergreifend zu betrachten**. Dies beinhaltet zum Beispiel bei der Durchführung siedlungs- oder stadtbezogener Risikoanalysen soziale, ökonomische und ökologische Aspekte gleichermaßen einzubeziehen und ihre Wechselwirkungen zu beachten. Darüber hinaus evidenzbasiert vorzugehen und auch künftige demographische oder Umweltveränderungen zur Grundlage der Strategiebildung zu machen.

3. **Initiativen der Selbstorganisation** in benachteiligten städtischen Gebieten weiter zu unterstützen und Gemeinschaften dabei zu begleiten, ihre **Anliegen in Politik und Planung auf unterschiedlichen Ebenen einzubringen**. So etwa durch die Beeinflussung lokaler und nationaler Entwicklungsplanung, Kontrolle öffentlicher Haushaltsmittel oder die Unterstützung ihrer Teilhabe an internationalen Politikprozessen.

4. Einen **Fokus auf die Situation besonders vulnerabler Gruppen** zu legen. Dies bedeutet, dass die Anliegen beispielsweise von Frauen und Mädchen, Alleinerziehenden, Indigenen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderungen sowie Jugendlichen und Kindern in der Projekt- und Politikarbeit besonders berücksichtigt werden. Dies bedarf nicht zuletzt zielgruppengerechter Methoden der Partizipation.

5. Mit Blick auf die Schaffung von Synergien und eine wirksamere Verbesserung der Lebensbedingungen der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen, die **Bildung von Allianzen und Netzwerken mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene** zu suchen. Dabei sind auch sektorübergreifende Allianzen maßgeblich, um den integralen Blick auf die Stadtentwicklung zu schärfen.

6. Die **Skalierbarkeit der Maßnahmen** als Bestandteil ihrer Arbeit anzustreben, so dass die durch Urbanisierung und Klimakrise rasch wachsenden Bedarfe an armutsüberwindenden Maßnahmen, der Infrastrukturentwicklung und der Selbstorganisation erfüllt werden können. Skalierbarkeit bedeutet in diesem Zusammenhang primär

das Erzielen systemischer Veränderungen, und eher sekundär die räumliche Ausweitung zivilgesellschaftlicher Bemühungen.

7. Darüber hinaus auch Möglichkeiten der **Bildung außergewöhnlicher Allianzen** suchen. Dies kann beinhalten, gemeinsame Interessen mit Akteuren des Privatsektors zu nutzen, um wirkungsvoller armenorientierte und ökologisch sinnvolle Projekte umsetzen zu können. Beispiele sind etwa die Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraumes in den Städten oder im Bereich nachhaltiger Mobilität. Es kann aber auch bedeuten, innerhalb der organisierten Zivilgesellschaft den Kontakt und die Kooperation mit bislang unabhängig voneinander arbeitenden Netzwerken auszubauen.

Foto: C. Weichelt/Misereor

Versammlung
in der Nachbarschaft
einer städtischen
Siedlung in Guayaquil
(Ecuador)



Bibliografie

- Awumbila, M. (2017):** Drivers of Migration and Urbanization in Africa: Key Trends and Issues. Background Paper prepared for UN Expert Group Meeting on Sustainable Cities, Human Mobility and International Migration. Population Division Department of Economic and Social Affairs United Nations Secretariat New York. UN/POP/EGM/2017/12. ◀
- Bolay, Jean-Claude (2022):** Nicht nur die Megastädte zählen. In: Caritas 2023: Almanach Entwicklungspolitik: Urbanisierung im Globalen Süden. S. 81-100. ◀
- Dick, Eva (2013):** Urban-rural linkages within and between regions – an international perspective. In: Bäumer, Katrin et al. (Hg.) 2013: Planning education for Iraq. German and Iraqi planners in dialogue. Klartext. S. 115 – 121. ◀
- Dodman, D., B. Hayward, V. Castan Broto, W. Chow, E. Chu, R. Dawson, L. Khirfan, M. Pelling, T. McPhearson, A. Prakash, Y. Zheng, and G. Ziervogel (2022):** Cities, Settlements and Key Infrastructure. In: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA, pp. 907–1040, doi:10.1017/9781009325844.008. ◀
- FAO, IFAD, UNICEF, WFP and WHO (2023):** The State of Food Security and Nutrition in the World 2023. Urbanization, agrifood systems transformation and healthy diets across the rural–urban continuum. Rome FAO. <https://doi.org/10.4060/cc6550en>. ◀
- Greenstone, M., Hasenkopf, C., Lee, K. (2022):** Air quality life index. Global Update 2022: [AQLI_2022_Report-Global.pdf](https://www.uchicago.edu/~greenstone/AQLI_2022_Report-Global.pdf) (uchicago.edu). (01.02.2024). ◀
- Harders, Cilja (2002):** Staatsanalyse von Unten: Urbane Armut und politische Partizipation in Ägypten. Mikro- und mesopolitische Analysen unterschiedlicher Kairoer Stadtteile, Hamburg 2002. ◀
- Jedwab, Remi & Christiaensen, Luc and Gindelsky, Marina. (2017):** „Demography, Urbanization and Development: Rural Push, Urban Pull and... Urban Push?“ Journal of Urban Economics 98 (2017): 6-16. ◀
- OECD (2020):** A Territorial Approach to the Sustainable Development Goals: Synthesis report, OECD Urban Policy Reviews, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/e86fa715-en>. ◀
- Pichler, PP., Zwickel, T., Chavez, A. et al. (2017):** Reducing Urban Greenhouse Gas Footprints. Sci Rep 7, 14659 (2017). <https://doi.org/10.1038/s41598-017-15303-x> ◀

- Shaw, R., Y. Luo, T.S. Cheong, S. Abdul Halim, S. Chaturvedi, M. Hashizume, G.E. Insarov, Y. Ishikawa, M. Jafari, A. Kitoh, J. Pulhin, C. Singh, K. Vasant, and Z. Zhang (2022):** Asia. In: Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [H.-O. Pörtner, D.C. Roberts, M. Tignor, E.S. Poloczanska, K. Mintenbeck, A. Alegría, M. Craig, S. Langsdorf, S. Löschke, V. Möller, A. Okem, B. Rama (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, UK and New York, NY, USA, pp. 1457–1579, doi:10.1017/9781009325844.012. ◀
- Steinberg F., (2014):** Rural–Urban Linkages: an urban perspective, working paper series N° 128, Working group: Development with Territorial Cohesion, Territorial Cohesion for Development Program. Rimisp, Santiago, Chile. ◀
- Strauss, Benjamin & Kulp, Scott & Rasmussen, D.J. & Levermann, Anders (2021):** Unprecedented threats to cities from multi-century sea level rise. Environmental Research Letters. 16. 10.1088/1748-9326/ac2e6b. ◀
- Tacoli, Cecilia & McGranahan, Gordon & Satterthwaite, David (2015):** Urbanisation, rural–urban migration and urban poverty. IIED Working Paper. IIED, London. <http://pubs.iied.org/10725IIED> ISBN 978-1-78431-137-7. ◀
- UCCRN Urban Climate Change Research Network (2018):** Technical Report. How Climate Change Could Impact the World's Greatest Cities. February 2018. ◀
- UN DESA (2018):** United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2018). World Urbanization Prospects: The 2018 Revision, Online Edition. ◀
- UN-Habitat (2022a):** United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat). 2022. Envisioning Future Cities: World Cities Report 2022. United Nations. ◀
- UN-Habitat (2022b):** United Nations Human Settlements Programme (UN-Habitat). 2022. Cities for Girls, Cities for All: Report from the Vinnova Innovation for Gender Equality Project. United Nations. ◀
- UN-Habitat Database (2020):** United Nations Human Settlement Programme (UN-Habitat), Global Urban Indicators Database 2020, <https://data.unhabitat.org/pages/housing-slums-and-informal-settlements>. (26.01.2024). ◀
- WBGU (2016):** Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte. Zusammenfassung. Berlin: WBGU. ◀
- Worldatlas (2024):** Cities With The Most Income Inequality. <https://www.worldatlas.com/articles/cities-with-the-most-income-inequality.html>. (01.02.2024). ◀

Impressum

Herausgeber

Bischöfliches Hilfswerk
Misereor e. V.

Aachen, Mai 2024

Mozartstraße 9

52064 Aachen

Telefon: 0241 442 - 0

Telefax: 0241 442 - 188

E-Mail: postmaster@misereor.de

Homepage: www.misereor.de

Autor*innen

Eva Dick

Kai Klause

Almuth Schauber

Clara-Luisa Weichelt

Redaktion

Nina Brodbeck

Klaus Schilder

Blanca Beatriz Tovar Campos

Michaela Verboom

v.i.S.d.P Kathrin Schroeder

Grafische Gestaltung

VISUELL, Büro für visuelle Kommunikation

Titelfoto

C. Weichelt / Misereor